

# Neues Pester Journal.

### Abonnement:

für Ungarn . . . . . monatlich 36,000 Kr., vierteljährlich 108,000 Kronen.  
 für Deutschland und Polen . . . . . die doppelte Gebühr.  
 für Oesterreich . . . . . vierteljährlich 100,000 öst. Kronen.  
 für Jugoslawien . . . . . vierteljährlich 240 Dinar.  
 Einzelne Nummern in Oesterreich österr. Kronen 2500;  
 in Jugoslawien 4 Dinar.

Gegründet von  
**Sigmund Brody**

**53. Jahrgang**

Redaktion und Administration: **Vilmos osászár-ut** (Kaiser Wilhelmstraße) 34.  
 Telefon: Redaktion 26-09, 157-74, 15-89. Administration 26-10, 23-31.

**Anzeigenaufnahme:** In der Administration des Neues Pester Journal und in allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. **Generalvertretung** des Neues Pester Journal für Deutschland: „**Ala**“ Vereinigte Anzeigen-Gesellschaften, Berlin SW 19, Krausenstraße 38/39 und sämtliche Zweigstellen.

## Nervosität.

Die länger als drei Monate währenden Sommerferien des Parlaments haben den leicht erregbaren und zum Teil auch in permanentem Erregungszustand befindlichen Nerven der Abgeordneten nicht die wünschenswerte Beruhigung gebracht. Es scheint sogar, daß die ungewöhnlich lange Ruhepause den Nerven unserer Politiker eher geschadet als genützt hat. Untrügliche Anzeichen dieser Nervosität machten sich schon vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung bemerkbar, der Verlauf der beiden ersten Sitzungen des Parlaments erbrachte dann den Beweis, daß man mit der Nervosität der Herren Landesväter fortbau als mit einer gegebenen Tatsache zu rechnen habe. Man braucht mit der Seelenkunde nicht gar zu vertraut sein, um zur Feststellung zu gelangen, daß hierbei nichts Gutes herauskommen kann, weder für die Regierung noch für die Parteien, am allerwenigsten für das Parlament und das Land selbst. Heute beherrscht das Parlament nicht die ruhige Denkwelt, nicht die sachliche und ernste Beurteilung der Verhältnisse, sondern es ist gänzlich unter die Herrschaft der Parteileidenschaft, des subjektiven Gefühllebens, der Nervosität geraten. Die Sturm- und Ständalzenen, die sich gestern und heute im Beratungssaal des Parlaments abspielten, lassen wenig Hoffnung auf eine erspriechliche gesetzgeberische Tätigkeit dieser Nationalversammlung aufkommen. Die Mühe, die ihnen reichlich zu Gebote stand, scheinen die Herren Abgeordneten dazu benützt zu haben, daß sie Kräfte zum Weiterarbeiten sammelten.

Allerdings kann nicht in Abrede gestellt werden, daß sich während der Parlamentsferien, besonders in den letzten Wochen, die dem Zusammentritt der Nationalversammlung vorangingen, Zündstoffe angesammelt haben, die geeignet waren, die ohnehin überaus empfindlichen Nerven der politischen Kreise zu irritieren. Da war das ominöse Szolnofer Urteil, dessen Auswirkungen sich auch auf politischem Gebiete fühlbar machten und sogar zu Weiterungen im Schoße des Kabinetts selbst führten. Fast gleichzeitig kam der Abschluß des Vertrages mit Rußland zur Kenntnis der Öffentlichkeit und wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Knapp vor der Wiederaufnahme der Beratungen des Parlaments erfolgte der Rücktritt des Ministers des Äußern. Dabei schwirren unaufhörlich Gerüchte von partiellen Ministerkrisen herum und wollen trotz aller Dementis nicht verstummen. Bald heißt es, daß der Minister des Innern seinen Platz räumen werde, bald ist es der Justizminister, dem man Rücktrittsabsichten unterschiebt, bald spricht man von der Verdrossenheit des Ackerbauministers und neuestens faßelt man von der Demission des Handelsministers. Alles in allem scheint sich das Gefüge des Kabinetts lockern zu wollen, welcher Umstand wieder auf die nicht allzu feste Position der Regierung schließen läßt.

Die Demission des Außenministers wird mit seiner geschwächten Gesundheit begründet. Jedenfalls ist es aber bodenständig, daß der Rücktritt des Herrn v. Daruway unmittelbar vor dem Zeitpunkte erfolgen mußte, da er den von seinen Organen mit den Vertretern Sowjetrußlands abgeschlossenen Vertrag vor dem Parlament zu vertreten hätte. Das Gerücht von der Demission des Ministers des Innern war insofern nicht unbegründet, als er im Anschluß an seine bekannte Erklärung betreffend die Motivierung des Szolnofer Urteils seine Demission tatsächlich angeboten hatte. Allerdings wurde der zwischen dem Minister des Innern und dem Justizminister in Verbindung mit dem Szolnofer Urteil entstandene Gegensatz applaniert und Herr v. Rakovsky zur Zurückziehung seines Rücktrittsgesuches bewogen, womit aber keineswegs gesagt sein will, daß der Minister des Innern, besonders nach seinem gestrigen unglücklichen Zwischenruf, lange auf seinem stark angefeindeten Posten verbleiben wird. Ob ihm dann nicht auch der Justizminister folgen wird, ist eine Frage, die heute nicht beantwortet werden kann. Die Ver-

drossenheit des Ackerbauministers datiert nicht von heute und gestern. Die Enttäuschungen, die er bei der Durchführung der Bodenreform erfahren mußte, dürften ihn vielleicht weniger schmerzen, als die Unannehmlichkeiten, die ihm der Estiit-Prozess bereitet. Ob aber Stefan Szabó den Ministerstuhl in absehbarer Zeit verlassen will, ist ebenso ungewiß, wie das Wltreten des in seinem Ressort nicht besonders verdienstlichen Handelsministers Dr. Ludwig Walfó.

Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen ist wirklich nicht auf Rosen gebettet. Auf der einen Seite gibt ihm sein Kabinett selbst zu schaffen, auf der anderen Seite bereiten ihm die Verhältnisse in der Regierungspartei keine geringen Sorgen. Die fragwürdige Unterstützung der Wolff-Ernst-Gruppe bedeutet eher eine Schwächung denn eine Festigung seiner Posi-

tion. Dabei ist die Haltung der Anhänger des Nagyataders eine nur bedingt zuverlässige. Graf Bethlen begeht einen großen Fehler, wenn er weiter laviert. So lange er die Wolffianer nicht von seinen Hochschöhen abschüttelt und mit der Gruppe des Nagyataders keinen reinen Tisch macht, wird seine Position immer eine bedenkliche und seine Bewegungsfreiheit eine eingeengte sein. Was aber diesem Lande nottut, ist eine starke Regierung, die sich nicht um das Gejohle einer winzigen Schreiergruppe zu kümmern und sich nicht um die Unterstützung ihr programmatisch fernstehender Fraktionen zu bewerben hat. Eine starke, zielbewusste Regierung wird auch das Eindämmen der uferlosen Debatten, das Aufhören der Sturm- und Ständalzenen und die Beruhigung der aufgeweckten Nerven zuwege bringen.

## Cumulte in der Nationalversammlung

Eine 13stündige Dauersitzung. — Fortsetzung der Beratung über das hauptstädtische Wahlgesetz. — Massenhafte Interpellationen. — Die Atrozitäten der Polizei und Gendarmerie bei Verhören. — Zusammenstoß zwischen Graf Bethlen und Vinzenz Nagy über den Oktobrismus und Bolschewismus. — Das Szolnofer Urteil. — Erklärungen Bethlens, Pesthys und Rakovsky über die richterliche Unabhängigkeit und über die Tätigkeit der Erwachenden Ungarn. — Wiederholte Unterbrechung der Sitzung stürmischer Zusammenstöße wegen. — Ulain attackiert den Präsidenten, woraus eine Rauffzene entsteht.

Von 10 Uhr vormittags bis um 11 Uhr nachts war heute die Nationalversammlung beisammen. Von diesen 13 Stunden wurden acht zur Unterbreitung von Interpellationen verwendet, die sich mit den verschiedensten Zwischenfällen, welche in der letzten Zeit in die politischen Kreise viel Erregungsstoff führten, befaßten. Schon die erste vom Sozialdemokraten Ertogályos vorgebrachte Interpellation über Atrozitäten von Polizisten und Gendarmen bei durchgeführten Verhören entfesselte heftige Sturmjzenen, die aber nur eine Duvertüre zu den später folgenden überaus erregten Zusammenstößen zwischen rechts und links bildete. Der Minister des Innern des Karolijchen Regimes Vinzenz Nagy benützte seine Interpellation über die bekannte Genfer Rede des Grafen Bethlen als Rahmen zu einer besonders scharfen Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen. Die ins Treffen geführte Argumentation Vinzenz Nagys war stellenweise von solcher Schärfe, daß die Anhänger Bethlens wiederholt ihrer Empörung Ausdruck gaben, woraus ein solcher Lärm entstand, daß der Vorsitzende die Sitzung nicht weniger als viermal unterbrechen mußte. Einmal schien es, als wollten die Abgeordneten der Rechten auf die Parteifreunde Nagys losstürzen und es war nur der Besonnenheit einzelner kaltblütiger Abgeordneter zu verdanken, daß es nicht schon bei dieser Gelegenheit zu noch wüsteren Szenen kam. Aber auch solche blieben der heutigen Sitzung nicht erspart. Während der Interpellation Béla Fabians über die Begleiterscheinungen der Szolnofer Gerichtsverhandlung gab Ulain wiederholt seinem Mißfallen über die unverblühte Darstellung Fabians Ausdruck und in seiner nervösen Erregtheit ließ er sich sogar dazu hinreißen, dem Präsidenten Scitovsky zuzurufen, er möge Fabian einen Ordnungsruf erteilen, wolle er sich nicht dem Verdacht aussetzen, ein Söldling des herrschenden schändlichen Systems zu sein. Bei diesen Worten wurde das ganze Haus von unbeschreiblicher Erregung erfüllt. Der Abgeordnete Julius Berkennit von der äußersten Rechten bis zur Sitzreihe Ulain, um auf denselben loszustürzen, wird aber im letzten Moment von einigen Abgeordneten mit größter Mühe zurückgehalten. Unterdessen springt auch Ulain von seinem Sitz auf und versucht sich mit größter Kraftanwendung aus den Händen der ihn umklammernden Signachbarn zu befreien, denn auch er wollte auf Berk, der ihm ein unverständliches Schimpfwort zugerufen hatte, losstürzen. Im Saal entstand ein riesiger Tumult, der alle Anwesenden in heftigste Erregung versetzte, die noch anhielt, als der Präsident die Sitzung unterbrochen hatte. Während der Pause führten einige Freunde

Ulain diesen auf den Balkon des Buffetjales, damit er dort in der frischen Abendluft ein wenig abgekühlt werde, aber auch dort noch soll Ulain fortwährend Drohungen ausgestoßen haben, wonach er heute noch unbedingt mit mehreren seiner Gegner abrechnen wolle.

Dazu kam es glücklicherweise nicht, denn den Freunden Ulain gelang es schließlich, ihn aus dem Haus zu entfernen. Schon in vorgedrückter Nachtstunde setzte dann Fabian unter fortwährend steigender Aufmerksamkeit des ganzen Hauses seine Interpellation fort, auf welche nicht weniger als drei Minister meritorische Antworten gaben. Graf Bethlen erntete die beifällige Zustimmung des ganzen Hauses mit seiner Erklärung, daß wenn die weiteren Erhebungen feststellen sollten, daß das der Regierung zustehende Ueberwachungsrecht den Gerichten gegenüber nicht wirksam genug ist, um der staatlichen Autorität auch auf dem Gebiete der richterlichen Unabhängigkeit Geltung zu verschaffen, die Regierung keinen Moment zögern werde, die Nationalversammlung anzurufen, auf diesem Gebiet die erforderlichen Reformen durchzuführen. Das war endlich ein mannhafte Wort, unter dessen Eindruck sich auch Justizminister Pesthy veranlaßt sah, sich sehr energisch gegen den geradezu als Renitenz geltenden bekannten Beschluß des Verbandes der ungarischen Richter und Staatsanwälte zu wenden. Und daß nach solchen Einleitungen dann auch der Minister des Innern Rakovsky sich kein Blatt vor den Mund nahm, als er sich gegen die gegen seine Organe gerichteten Anrempelungen verwahrte, wunderte man sich auch darüber nicht, daß er selbst das Zugeständnis machte, daß er gegen den Verein der Erwachenden Ungarn energisch vorgehen wird, sobald festgestellt sein werde, daß diese Vereinigung die Brutstätte der die allgemeine Ruhe störenden Verbrechen sei. Die ministeriellen Reden hatten jedenfalls die Wirkung gehabt, daß man nunmehr mit etwas mehr Zuversicht dem Verlauf der weiteren Amtshandlungen entgegen sieht und darauf rechnet, daß den heutigen Erklärungen bald auch die entsprechenden Taten folgen werden.

Präsident Béla Scitovsky eröffnete die Sitzung vormittag halb 11 Uhr. Nach Verlesung des Interpellations- und des Antragebuches folgte die Tagesordnung. Auf dieser stand die Fortsetzung der Debatte über

### Das hauptstädtische Wahlgesetz.

Julius Petrovác suchte die Wirksamkeit der Christlichen Kommunalpartei während ihres dreijährigen Regimes zu rechtfertigen und schilderte dann die Zustände, unter denen die Christliche Kommunalpartei im Jahre 1920, von den Auslandsschulden befreit, die Leitung der städtischen Angelegenheiten übernommen habe. Er besprach ferner die Tätigkeit der hauptstädtischen Betriebe und Justiz-

224  
 elegán-  
 ibát havi  
 aert szer-  
 magostias  
 ca 3. III.  
 17258  
 setleg el-  
 nek azon-  
 ll-utca 9.  
 17332  
 NYOMOZ,  
 magán-  
 átközi-ut  
 36-  
 mos baró  
 4577  
 palások  
 főrból,  
 emelésze-  
 ca 12.  
 17340  
 akész-ut  
 3. Hálte-  
 8ter und  
 Zentral-  
 stehen-  
 Apparie-  
 nar. Bei  
 nach Hotel  
 2560  
 RAGE  
 megvezve  
 zomány-  
 rd korá-  
 birtok-  
 merkedést  
 elismer-  
 zassági  
 57/b. Te-  
 velezés )  
 4574  
 felhív-  
 smarier  
 ra. Nép-  
 494  
 me sucht  
 onam be-  
 ch unter  
 17276  
 ger Kauf-  
 herriet  
 mit Ge-  
 Unterneh-  
 ein kann.  
 Mitteilung  
 81423  
 menne.  
 az milhó  
 birtok.  
 261 Nagy  
 ch. 4581  
 ves. Irz.  
 milhó kol-  
 el. saját  
 keresettel  
 ru csinos  
 t. uriasz-  
 t. Egyesült  
 er a K-  
 91416  
 6. vagyo-  
 reien nép-  
 sa. Nép-  
 Cégelvez-  
 talan fel-  
 494  
 mas Bes-  
 aberndigt.  
 hantfisch  
 den Herrn  
 zihen, dem  
 gerin und  
 zuchstien  
 beim 342  
 17342  
 angia, mit  
 mündich die  
 eines em-  
 rrr in gu-  
 er von 30  
 eds Ehe.  
 ates Glück  
 17341  
 DENZ  
 g und Ge-  
 rbare Be-  
 stümmerien  
 de Unter  
 Czo. 17332  
 f hat er-  
 chreit mar-  
 brieflich  
 äftré mit-  
 chreiben  
 24820  
 führung  
 Abresse ob-  
 e Arnád-  
 17344  
 K  
 sít áthe-  
 36. I. Haj-  
 felelős-  
 kendősel.  
 atlanszol.  
 molcsirtás.  
 1214  
 gegen Pal-  
 tur Tamon  
 g sofort.  
 V., Do-  
 1192

tionen und illustrierte sie durch ziffermäßige Daten, aus denen er den Schluß zog, daß auch die sozialdemokratische Partei, hätte sie an der Spitze der hauptstädtischen Geschäfte gestanden, schmerzliche Resultate hätte erzielen können. Mit Stefan Karlas polemisierend, der von einem Niedergange der öffentlichen Institutionen der Hauptstadt gesprochen, erklärte Redner, man müsse das Wort „öffentlich“, wenn es sich um Beschwerden der Linken handele, stets mit dem Worte „jüdisch“ substituieren, denn diese Herren schmerze nur der Umstand, daß die Christliche Kommunalpartei gewisse jüdische Angestellte der Hauptstadt nicht wiedergewählt habe.

Rudolf Rupert: Gestern haben Sie den Solujet umarmt!

Karl Petrovácz: Wer es eben getan hat.

Karl Wolff: Wir gewiß nicht!

Rudolf Rupert: Aber Sie unterstützen die Regierung Bethlen weiter!

Julius Petrovácz erklärte schließlich, die Vorlage anzunehmen, in der Spezialdebatte aber gewisse Amendements vorbringen zu wollen.

Hierauf wurde die Debatte abgebrochen und ihre Fortsetzung auf morgen vertagt. Es folgen nun

**Interpellationen.**

Stefan Dénes, Stefan Haller, Karl Beher, Ludwig Szilághy, Emerich Szabó, Josef Pafots und Stefan Lendvai-Lehner sind im Hause nicht anwesend; ihre Interpellationen werden gestrichen. Aus dem gleichen Grunde auch die Interpellationen Theodor Komonnay, Ernst Naghs und Gaston Gaals. Paul Hegymegi-Kiss verschiebt mit Erlaubnis des Hauses seine Interpellation. Auch Rudolf Rupert und Ernst Pétai verschieben ihre Interpellation. Stefan Dénes, der inzwischen erschienen ist, verschiebt seine angemeldeten drei Interpellationen auf den nächsten Interpellationstag. Die Interpellation Josef Csiks, der nicht anwesend ist, wird gestrichen. Rudolf Rupert verliest ohne Begründung den Text seiner Interpellation in Angelegenheit der katastrophalen Ernte in seinem Bezirk. Johann Ehtergálhos verschiebt seine erste Interpellation in Angelegenheit der Amnestie und begründete dann seine zweite Interpellation über die

**Brutalitäten der Gendarmerie und der Polizei.**

Johann Ehtergálhos verweist darauf, daß es erst der Fälle von Eszengrad und Szolnok bedurft habe, damit das ganze Land mit Entrüstung Kenntnis von den Brutalitäten nehmen könne, die von einzelnen Recherchierungsorganen schon seit Jahren verübt werden. In Városszéka seien Burschen, die Farben in Dunkel-Bordeau getragen hatten, von der Gendarmerie blutig geschlagen worden. Die Gendarmen seien zu Gefängnisstrafen von je zwei Wochen verurteilt worden, wobei als Milderungsgrund die patriotische Aufführung angegeben worden sei. Redner führt dann aus, er wüßte durch Daten zu beweisen, wie bei der Budapest-Polizei die politisch Verdächtigten geprügelt, mit Wasser getränkt werden, wie ihnen die Haare herausgerissen werden, die sie dann auch aufessen müssen.

Ministerpräsident Graf Bethlen (kopfschüttelnd): Unglaublich!

Alexander Propper: Gehen Sie doch hin, infamio, als Delinquent! (Große Heiterkeit, in die auch ein Teil der Galerie einstimmt. Vizepräsident Fuhár, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, läutet energisch und droht mit der Räumung der Galerie im Wiederholungsfall.)

Johann Ehtergálhos: Die Paragraphen des Strafgesetzbuches umschreiben genau, was erlaubt sei und was nicht, trotzdem wolle man das alles in Dfen droben nicht hören.

Ministerpräsident Graf Bethlen: Es soll nur alles wahr sein, was Sie sagen.

Moriz Rothenstein: Auch die Pirostkas haben gelungnet.

Ministerpräsident Graf Bethlen: Für die Laune ich keine Verantwortung übernehmen.

Johann Ehtergálhos bringt nun den Fall einer alten Frau, der Marie Csorba, vor, die auf der Oberstadthauptmannschaft, nachdem man sie krumm geschliffen, von Detektivs grausam verprügelt worden war.

Ministerpräsident Graf Bethlen: Wie können Sie das alles im vornherein als wahr annehmen?

Johann Ehtergálhos führt nun den Fall der Alice Sidák vor, die, zur Polizei vorgeladen, von den Detektivs mit der Peitsche traktiert, dann an den Haaren gezogen, auf einen Stuhl gelegt wurde, wo man ihr geschlossenes Kleid zerriss und den nackten Körper dann prügelte. Die Unglückliche wurde krank infolge der Verletzungen, doch ließ man keinen Arzt zu ihr zu. Nach achtzehn Tagen wurde sie zur Staatsanwaltschaft überführt, wo der Gefängnisarzt ein Visum repertum aufnahm. Nach einigen Tagen wurde das Mädchen wieder zur Oberstadthauptmannschaft zurückgeführt. Dort legte man ihr sämtliche Marterwerkzeuge vor, um sie einzuschüchtern. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen die Widék ein, worauf diese die Anzeige gegen die Detektivs erstattete. Solche Fälle gebe es massenhaft. Alexander Horváth in Gbör habe man krummgeschliffen zwischen zwei Stühlen so aufgehängt, daß seine bloßen Sohlen oben waren, worauf man diese blutige Schlage. All diese Detektivs seien noch immer im Amte. Redner zählt dann noch mehrere Fälle auf.

Johann Banczák: Man muß diese Fälle ins Ausland tragen, dann soll man uns nur einflagen!

Johann Ehtergálhos: Aus Salgótarján hat man einen Stadthauptmann strafweise nach Mátysföld verlegt, wo er dieselben unmenschlichen Handlungen beging wie in Salgótarján. Er fragt den gegenwärtigen Justizminister, ob es in einem Rechtsstaate angehe, daß eine Frau vier Jahre in Untersuchungshaft in einem Militärgefängnis gehalten werde, wie dies mit Mona Rus geschehen sei? Eine zweite Frau, die Gattin Madár Andrejevics, werde schon seit siebenzehn Monaten im Militärgefängnis als Untersuchungsgefangene gehalten. Während der Ministerpräsident in Genf, London und Paris über Demokratie spreche, werden in Budapest in der Oberstadthauptmannschaft und im Militärgefängnis, wie auch in der Provinz

bei den Gendarmen Leute zu Tode gepeinigt. Redner verliest seine Interpellation, in der er den Minister des Innern zur Einleitung einer strengen Untersuchung und zur Bestrafung der Täter auffordert. Ferner fragt er den Justizminister, ob dieser geneigt sei, die Revision der im Wege des beschleunigten Verfahrens erbrachten Urteile gegen Personen anzuordnen, die durch Peinigungen zu Geständnissen gezwungen worden sind.

Die Interpellation wird an die Minister des Innern und für Justizangelegenheiten geleitet.

Moriz Rothenstein: Da sind sie auch schon bezaubert!

Vinzenz Nagh, der nächste Interpellant, verliest Zitate aus der Genfer Rede des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, die davon reden, daß Freiheit und Gleichheit die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie seien. (Stürmische Rufe links: Hoch der Genfer Bethlen!) Bethlen habe dort über die psychische Abriistung gesprochen und darauf verwiesen, daß das Prinzip der Freiheit und Gleichberechtigung auch im internationalen Leben zur Herrschaft gelangen müsse. Als unlängst Abgeordneter Rainprecht in einer Sitzung seine pazifistische Auffassung betonte, habe Graf Bethlen ironisch lächelnd die Bemerkung hingeworfen, daß Rainprecht vielleicht von Dstar Jákó Lektionen genommen habe. Graf Bethlen scheine auf der Reise nach Genf in Wien ausgediegen zu sein und auch von Jákó Lektionen genommen zu haben, denn in Genf habe er genau das gesagt, was Rainprecht hier. Graf Bethlens Pflicht wäre gewesen, eine seinen Genfer Erklärungen entsprechende Haltung auch in der inneren Politik zu bekunden. Vor allem einen Gesetzentwurf über das allgemeine, geheime Wahlrecht einzureichen und Zalaegerkeg, den Schandfled Ungarns, abzuschaffen. Das Urteil von Szolnok habe wieder eine Citerbeule aufgeworfen. Während Mörder frei herumgehen, werden Garami und Lovásh, die dies geschrieben haben, auf die Anklagebank gesetzt. (Die sozialdemokratischen Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen und bringen minutenlang Clenrufe auf Garami und Lovásh aus.)

Zoltán Horváth (zur Rechten gewendet): Was sagen dazu die Karolyischen Obergespäne?

Moriz Salák: Jetzt interpelliert der Minister des Innern der Karolyregierung. (Auf der Linken werden Vinzenz Nagh stürmische Ovationen dargebracht.)

Vinzenz Nagh erklärt, während seiner Ministerschaft habe wohl ein revolutionäres Chaos im Lande geherrscht, doch sei kein einziger Mord begangen worden, dessen Täter unbestraft geblieben wäre. (So ist's! links.) Was die Unständigkeit jenes Regimes anlange, so zitierte er die Worte von Szabó-Raghatád, der erklärt hatte, er habe noch nie in einer Regierung mit solchen anständigen Leuten gegessen, wie es die Karolyminister waren. (Heiterkeit und Beifall links.) Lovásh (Rufe links: Eljen Lovásh!) sei jetzt der gemäßigteste bürgerliche Politiker, wie Garami der gemäßigteste sozialistische Politiker. (Eine Stimme rechts: Lovásh hat in Pécs die Republik wollen!)

Zoltán Horváth: Nicht nur in Pécs, auch hier wollen wir die Republik. (Stürmischer Applaus bei den Sozialdemokraten.)

Vinzenz Nagh bemängelt es, daß der Präsident des Hauses des Ablebens eines Mitgliedes der dethronisierten Dynastie gedacht und daß man ein anderes Mitglied des dethronisierten königlichen Hauses bei dessen Ankunft in Budapest festlich empfangen hat.

Viktor Dróghy: Auch die Toreadoren waren dort.

Vinzenz Nagh: Im Namen des Grafen Bethlen hat Staatssekretär Bárczy die Gäste als königliche Hoheiten begrüßt.

Ministerpräsident Graf Bethlen: Richtig. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Zoltán Horváth: Wozu dann die Dethronisation?

Ministerpräsident Graf Bethlen (zum Redner gewendet): Das kann man ihm eben nicht erklären. (Andauernder Lärm.)

Zoltán Horváth: Weshalb haben Sie nicht Bárczy nach Budaörs dem gekronten König entgegen geschickt? (Lärm.)

Vinzenz Nagh: Es wäre interessant, zu wissen, ob Graf Bethlen auch Herriot und Macdonald gegenüber so zwiespältig vorgegangen sei. Graf Bethlen habe Anfangs 1919 eine republikanische Partei gegründet und gleichzeitig den ihm von der republikanischer Grundlage stehenden Szegeder Regierung angebotenen Gefandtschaftsposten angenommen.

Ministerpräsident Graf Bethlen: Das ist nicht wahr!

Vinzenz Nagh: Graf Bethlen hat sehr wohl gewußt, daß die Szegeder Regierung so sehr auf republikanischer Grundlage gestanden hatte, daß sie sogar dementsprechende Stampfplänen benötigte.

**Ein Sturm im Wasserglase.**

Redner geht nun auf den Vertrag mit der Sowjetregierung über, in welcher Angelegenheit er an den Ministerpräsidenten einige Fragen richten will. Er kann sich vorstellen, daß europäische Staaten mit dem kommunistischen Ausland Verträge schließen, welche der Selbstiger des Kapitalismus entspringen. Die Annäherung des ungarischen Ministerpräsidenten an Sowjetrußland kann nur der Gebundenheit zugeschrieben werden, welche Ungarn wegen der Sanierungsaktion dem internationalen Kapitalismus gegenüber befaßt. Von der Majoritätspartei wiederholt mit ironischen Zwischenrufen unterbrochen, sucht Redner aus einem Urteil der Kurie nachzuweisen, daß der oberste Gerichtshof Ungarns die kommunistischen Volkskommisäre als Aufwieglere gegen die Karoly-Regierung bezeichnet habe. Wird das russische Abkommen nicht im Interesse einzelner kapitalistischer Gruppen forciert, so will der Ministerpräsident mit diesem Schritt wohl beweisen, daß er sich der Demokratie zuwenden wolle, wie er in Genf erklärt hat. Verträge mit Moskau über die Köpfe der hierzulande unterdrückten Sozialdemokraten hinweg können aber nicht als demokratische Orientierung bezeichnet werden.

Redner nimmt wieder Karolyi und seine Regierung gegen die Beschuldigungen der Majorität in Schutz, was

letztere zu lebhaftem Widerspruch veranlaßt. Die Sozialisten und ihre Freunde, Propper, Viller, Ehtergálhos usw. schreien der Majorität in wildem Wirrwarr zu: „Sie unterstützen die Mörder! Pfui! Mörderbeschützer!“ Präsident schwingt vergeblich die Glöde und suspendiert schließlich im allgemeinen Lärm die Sitzung.

**Reaktionäre und demokratische Politik.**

Nach der Pause fest Vinzenz Nagh seine Erörterungen fort. Er verliest die Begründung des Kurialurteils, welches er vorhin zitiert und welches der Ministerpräsident in einem Zwischenruf in Abrede gestellt hatte. Der Ministerpräsident handelt gegen seine im Genf gehaltenen Rede. Er und die hinter ihm sitzende Partei tun heute ganz dasselbe, was in Deutschland die deutsche Reaktion getan hat, die selbst mit den Kommunisten Hand in Hand ging. Und weil Bethlen hier im Lande keine Kommunisten finden konnte, hat er nach Sowjetrußland geblickt. Redner kritisiert hierauf die gestrige Rede des Ministerpräsidenten und kommt zu dem Resultat, daß der Ministerpräsident den Ausbau der bürgerlichen Demokratie verhindern wolle. Er richtet zum Schluß an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er geneigt sei, im Interesse der wahren Demokratie, die er in Genf verkündet habe, das geheime allgemeine Wahlrecht einzuführen, den Numerus clausus aufzuheben, die Geschworenengerichte wieder einzusetzen, das Amtierungsverfahren zu sistieren, die politischen Prozesse aufzuheben, das Dethronisationsgesetz durchzuführen und wenn nicht, warum er der ungarischen Nation den Dienst leisten wolle, von seinem Posten zurückzutreten? (Lebhafter Beifall auf den oppositionellen Bänken.)

**Wer ist am Kommunismus schuld?**

Graf Stefan Bethlen verweist darauf, daß der Interpellant mit seiner Rede ein klassisches Beispiel dafür geboten habe, wie man das Interpellationsrecht mißbrauchen könne. (Lebhafter Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Es geht nicht an, unter dem Deckmantel des Interpellationsrechtes Tag für Tag die gesamte politische Tätigkeit der Regierung angreifende Debatten zu provozieren. Der Interpellant macht ihm den Vorwurf, die bürgerliche Demokratie im Stich gelassen zu haben. Die Herrschaft des Kommunismus in Ungarn ist das Werk jener Regierung, deren Mitglied der Herr Abgeordnete war. (Stürmischer Beifall rechts, Widerspruch links.) Michael Karolyi hat die unglückselige Lage der ungarischen Nation dazu bemüht, für sich die politische Macht an sich zu reißen und sie zu mißbrauchen. Er hat den dem König geleisteten Eid gebrochen und war der erste, der die Republik proklamierte und er hat sämtliche öffentliche Freiheiten und Rechte den Leidenschaften des Volkes zur Beute hingeworfen. (Lebhafter Zustimmung rechts, Widerspruch links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen hat davon Kenntnis, daß ein Karolyischer Minister sich mit der Frage befaßt habe, auch ihn zu internieren. Redner scheidet sich keinen Moment, auch hier zu wiederholen, was er betreffs der Demokratie in Genf gesagt hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Johann Ehtergálhos: Dann erlassen Sie also die Amnestie!

Rufe bei den Sozialdemokraten: Die Amnestie! Die Amnestie!

Graf Stefan Bethlen: Es wird noch die Zeit kommen, da die Verleumdungen, mit denen das Ausland gegen uns erfüllt wird, und die Köpfe der Hydra zerrreten werden müssen.

Bei diesen Worten bricht abermals ein unbändiger Lärm aus. Die Abgeordneten der Linken springen auf und wollen nach der Mitte des Saales drängen. Inmitten dieses Lärms suspendiert der Vorsitzende die Beratung. Die Abgeordneten drängen in die Mitte des Saales, wo sie einander erregt kapazitierten und es währte eine geraume Zeit, bis sich die Gemüter wieder beruhigten.

**Die Emigranten und die Amnestie.**

Nach der Pause fährt Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen fort: Gegenüber den Anklagen, welche im Auslande förmlich propagandamäßig gegen die Regierung Ungarns und damit mittelbar auch gegen Ungarn selbst gerichtet werden, müssen wir uns auch offen verteidigen. Keinesfalls sind diese Anklagen dazu geeignet, den Weg zur Schaffung des inneren Friedens anzubahnen. Der Herr Abgeordnete hat auch über die Amnestie der Emigranten gesprochen. (Rufe links: Das ist's! Das ist der Kern der Sache!) Wie soll solchen Elementen die Amnestie erteilt werden, die im Auslande bei allen Mitgliedern des Völkerbundes die heftigsten Angriffe gegen Ungarn gerichtet haben?

Emil Viller: Was hat Garami damit gemeint?

Graf Stefan Bethlen: So wurde dort von dieser Seite auch das Gerücht verbreitet, daß man in Ungarn in naher Zeit dreizehn Personen aufhängen werde, die an den Bemühungen der Emigration teilgenommen hätten. Und das geschieht zu einer Zeit, da die ungarische Regierung und einer ihrer ersten Staatsmänner im Auslande bestraft sind, die Rechte des unglücklichen Ungarn in Schutz zu nehmen und Möglichkeiten zu schaffen, damit Ungarn aus seiner bedrückten Lage wieder auferstehen könne. Sind solche Leute reif dafür, der allgemeinen Amnestie teilhaft zu werden? Wir schulden der Nation Verantwortung und dürfen es nicht gestatten, daß Männer zurückkehren können, von denen es erwiesen ist, daß sie dieser Nation nur geschadet haben...

Vinzenz Nagh (erregt aufspringend): Er lügt! Er lügt!

Zoltán Horváth: Er lügt! Präsident erteilt beiden den Ordnungsruf.

Graf Stefan Bethlen: Wir werden jenen, die den Umsturz der Ordnung anstreben, nicht die Rückkehr gestatten...

Emil Viller: Die Mörder aber dürfen hier frei umhergehen!

Graf Stefan Bethlen: Wir werden jene nicht hereinlassen, die wieder den Umsturz in das Land schmuggeln wollen.

Emil Viller: Und die Dragobányer Morde? Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen: Diese Herren sind nicht Anhänger der Ordnung. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Sie wollen bloß aus politischen Gründen hier Wirren hervorrufen. Der Ministerpräsident gibt seiner

Bermunderung darüber Ausdruck, daß ein Mitglied jener Regierung ihm wegen des Abkommens mit Sowjetrußland Vorwürfe macht, welche Regierung ihrerseits die Macht an die Kommunisten bewußt übergeben hat...

Vinzenz Nagy: Er lügt!  
Emil Piller und Franz Reisinger: Er lügt!  
Koltán Horváth: Was sagt der Nagyatáder dazu?

An den Immunitätsausschuß.

Präsident ruft Vinzenz Nagy wegen des inparlamentarischen Ausdrucks zum zweiten Mal zur Ordnung und da der Abgeordnete damit das Ansehen der Nationalversammlung schwer verlegt hat, stellt er die Frage, ob das Haus ihn dem Immunitätsausschuß zuweisen will.

Die oppositionellen Abgeordneten springen abermals erregt von ihren Bänken auf und rufen der Regierungspartei im Tumult unverständliche erregte Worte zu. Minister Stefan Szabó (Nagyatáder) verläßt den Saal, was Emil Piller zu dem Ausrufe veranlaßt: Sein eigener Minister kann ihn nicht mehr anhören!

Präsident Jitbah stellt abermals die Frage an das Haus, ob es Vinzenz Nagy dem Immunitätsausschuß zuweisen will, was die Majorität unter großem Lärm der Opposition bejaht. Koltán Horváth und Johann Echteráhos sprechen ironisch ihre Taschentücher. Peidl, Kupert und Salu rufen der Majorität verletzende Worte zu, wegen deren sie vom Präsidenten zur Ordnung gerufen werden.

Graf Stefan Bethlen: Michael Karolvi hat seinerzeit bewußt die Macht an die Bolschewiken abgetreten und auch damit zum Ruin des Landes beigetragen. Dies ist auch aus der Proklamation ersichtlich, welche Karolvi damals an die Nation gerichtet hat. (Rufe links: Er hat sie doch gar nicht unterzeichnet!) und in welcher er sich auch als Kommunist bekannte. Er hat Ungarn in diesen letzten Summ gestiftet. Der Herr Abgeordnete möge nicht mir Vorwürfe machen, sondern jenen seinen Emigrantenfreunden, die von Sowjetgeldern leben und in Ungarn für den Sowjet Propaganda machen. (Lebhafter Lärm links. Rufe: Wir bitten um Namen!) Sie selber waren es ja, der als Minister die Internierungen vornahmen ließ. Die Nation hat über die damalige Herrschaft schon längst den Stab gebrochen. (Stürmischer Beifall und Zustimmung rechts.)

Die Replik Nagys.

Vinzenz Nagy ergreift in persönlicher Sache das Wort und erklärt, daß der Ministerpräsident der Beantwortung seiner Interpellation einfach ausgewichen ist. Der Ministerpräsident behauptet, daß Michael Karolvi dem den König geleisteten Eid gebrochen habe. Das ist nicht wahr, denn der König hat Karolvi von diesem Eid entbunden und auch die juristische Fakultät der Budapestener Universität hat in einem Gutachten erklärt, daß in Folge der Abdankung des Monarchen in Oesterreich die pragmatische Sanktion von selber aufgehört habe und Karolvi daher am 16. November ohne jede Strupel die Republik proklamieren konnte.

Inzwischen hatte sich Abgeordneter Franz Ulain zu Béla Fabián begeben, mit dem er einige Worte sprach. Auf der rechten Seite erklingen die ironischen Rufe: „Der Egesgeber!“

Vinzenz Nagy: Karolvi ist aber nicht so weit gegangen, auf seinen gekrönten König schießen zu lassen. Redner spricht hierauf eingehend über die Internierungsangelegenheit des Bischofs Mikos, des Honvédministers Szurmaj und des Ministers Szterényi und stellt in Abrede, daß auch gegen Bethlen die Internierung beabsichtigt oder ausgesprochen worden sei. Was den Vorwurf der Sowjetgelder betrifft, fordert er den Ministerpräsidenten auf, zu beweisen, ob er und seine Freunde, ob Garami und Lováski von Sowjetgeldern gelebt haben. Der Ministerpräsident behauptet, daß Karolvi ein Verräter an seiner Nation war und die Macht bewußt an den Kommunismus abgetreten habe. Das Gegenteil ist wahr. Auch Julius Andrássy konstatiert in seinem Werk: „Frieden und Krieg“, daß die Karolvische Regierung damals irreführt wurde und die bekannte Konvention mit den Kommunisten nur infolge dieser Irreführung zustande gekommen ist. Warum hat der Herr Ministerpräsident noch immer nicht sein wiederholtes Verlangen, ihn und die Karolviregierung unter Anklage zu stellen, erfüllt? Der Herr Ministerpräsident sagt, er werde nicht dulden, daß eine solche Gruppe nochmals an die Macht gelange. Redner kann bloß versichern, daß seine Anhänger derzeit nicht diese Ambition hätten; sie kämpfen nur für die Geltendmachung der Demokratie. Der Herr Ministerpräsident will die Köpfe der Hydra niederretzen — wir werden die Reaktion niederretzen, welche er heute vertritt.

Wieder der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen: Der Herr Abgeordnete Vinzenz Nagy stellt sich als der ehrliebe Kämpfer der Demokratie hin. (Rufe links: Das ist er auch!) Der Ministerpräsident verweist nochmals darauf, daß Nagy es gewesen, der die Internierung Szurmajs und Szterényis unterzeichnet hat und daß in demselben Ministerrat auch seine Internierung zur Sprache gekommen war. Was die bewußte Uebergabe der Macht an die Kommunisten betrifft, so ist selbe bewiesen. Der Staatsanwalt Váry hat direkten Befehl erhalten, die im Schubhause gefangenen gehaltenen Kommunisten Béla Kun und seine Anhänger wie Lebereinkommen zustande gekommen. Der Herr Abgeordnete war damals Minister des Innern und so hat er hiervon Kenntnis haben müssen, es geduldet und es überhaupt möglich gemacht. (Stürmische Zustimmung rechts.)

Vinzenz Nagy beruft sich abermals auf das bereits einmal zitierte Urteil der Kurie und auf die Konstatierung Julius Andrássys. Die Internierungen habe der damalige Ministerrat einstimmig beschlossen. Uebrigens habe nicht die Karolvische Regierung das Internierungssystem in Ungarn eingeführt, sondern schon die Tiszaregierung. (Rufe rechts: Ja, aber gegen wen? Damals wütete eben noch der Krieg!) Daß die Karolviregierung dieses System aufrecht erhalten hat, war bei den damaligen chaotischen Zuständen nur natürlich.

Inzwischen hatte sich der Abgeordnete Fauri Bíró zum sozialdemokratischen Abgeordneten Malasics begeben, der ihm in einem Zwischenrufe vorgeworfen hatte, er habe seine Arbeiter verprügeln lassen. Bíró stellte Malasics hierüber zur Rede, es kam zu einer heftigen

geren Kontroverse; die sozialdemokratischen Abgeordneten larmten so, daß der Präsident die Sitzung abermals suspendieren mußte. Die Abgeordneten drängten bis in die Mitte des Saales, wo sie lebhaft miteinander debattierten. Es währte geraume Zeit, bis die Ruhe wieder hergestellt wurde.

Vinzenz Nagy spricht, wiederholt von der Regierungspartei mit ironischen Zwischenrufen unterbrochen, weiter über die Internierungen der Karolviara, welche sich gegen „reaktionäre Politiker“ gerichtet hätte. Solange der Ministerpräsident nicht das Kabinett unter Anklage stellen läßt und seine Anwürfe nur hier im Parlament vorbringt, solange müsse er selbe als perfide Verleumdungen erklären. (Großer Lärm rechts. Rufe: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Präsident Jitbah ruft den Redner zur Ordnung. Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen will nicht gestatten, daß der Redner sich zu seiner Verteidigung mit dem Namen eines ehrlichen Ungarn, mit dem Namen Stefan Szabó-Nagyatáds, bediene. Der Nagyatáder habe von den Machinationen Karolvis und von der Uebergabe der Macht keine Kenntnis gehabt. Wohl aber mußte Vinzenz Nagy als Minister des Innern davon Kenntnis gehabt haben. Er weist nochmals energisch alle Anwürfe Nagys zurück.

Als der Präsident nun das Haus befragen will, ob es die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis nehme, protestiert die Opposition lebhaft gegen diese Fragestellung, weil ja der Ministerpräsident die Interpellation gar nicht beantwortet habe. Auch Vinzenz Nagy, der zur Fragestellung das Wort verlangt hat, protestiert gegen diese Fragestellung.

Präsident Jitbah befragt trotz des Protestes das Haus und die Majorität nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Es folgen noch zwei persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Berthold Nemes und Franz Reisinger.

Die Emigrantenfrage.

Alexander Propper will in Angelegenheit der Emigranten an die Regierung eine Interpellation richten. Diese Frage ist keine Parteifrage, das Allgemeininteresse bezieht ihre endliche Klärung. Mitglieder der Regierung haben wiederholt erklärt, daß von einer allgemeinen Bewilligung der Rückkehr der Emigranten keine Rede sein könne. Es gibt unter den Emigranten eine Gruppe, die wir Sozialdemokraten als die unleren betrachten und deren Rückkehr wir fordern. Die Emigration sei durch den weißen Terror hervorgerufen worden; die vor dem Terror mit Recht geflüchteten Emigranten haben im Ausland geirrt, was sie auch zu Hause getan hätten; sie haben gegen den weißen Terror protestiert. Die Liquidierung der Emigrationsfrage muß endlich in Angriff genommen werden. Redner spricht über die Internierungen. Wenn es eine Schmach war, daß die Karolvische Regierung einen Bischof und einen Grafen internierte, so ist es auch eine Schmach, wenn heute noch Arbeiter zu Hunderten interniert werden. In Budapest gehen Mörder frei herum — die Emigranten aber, die gegen diese Schandmüßiggkeiten Stellung genommen haben, dürfen nicht zurückkommen. Wenn die Regierung die Rückkehr der Leinen Leute fürchtet und von ihnen erst die Unterfertigung einer Erklärung fordert, so muß es um ihre Macht sehr schwach bestellt sein. Die Forderung einer solchen Erklärung betrifft des künftigen Verhaltens ist eine politische Expressura, die überdies ganz unnütz ist, da ihre Unterfertigung gar keine Sanktion besitzt. Die Regierung mußte vor dem Aroopag der Völker auch etwas auf den Schein geben und mit Taten beweisen, daß Genser Worte ernst gemeint waren. Er richtet an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er davon Kenntnis habe, daß die ungarischen Gesandtschaften von Personen, die aus dem Ausland zurückkehren wollen, Erklärungen abverlangen, wonach sie sich zu Hause jeder politischen Tätigkeit enthalten wollen und ob er geneigt sei, diesen Unfug ein Ende zu bereiten und die freie Rückkehr der Emigranten zu ermöglichen.

Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen: Es gibt keinen Unterschied zwischen Emigranten und Emigranten. Die Regierung mußte eine Selektion vornehmen, die die Rückkehr solcher Elemente verhindert, die hier nur Unruhen stiften wollen. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die Rückkehr gewisser Elemente für das Land gefährlich ist. Die Regierung ist bereit, bis zur äußersten Grenze der Billigkeit zu gehen. Jeder ungarische Staatsbürger erhält auf Verlangen einen Paß, hierin wird bei den Befandtschaften kein Unterschied gemacht. Nur die Begünstigung des freien Geleites, sich vor den Gerichten auf freiem Fuße verteidigen zu können, ist an gewisse Bedingungen geknüpft, welche Redner detailliert anführt. Das kann nicht als Erpressung bezeichnet werden. Die Entscheidung über die Gewährung der Begünstigung obliegt in jedem Falle dem Ministerrat.

Johann Echteráhos: Geben Sie keine Begünstigungen, geben Sie die Amnestie!

Graf Stefan Bethlen: Emigranten, die im Auslande Lügen über Ungarn verbreiten, sind nicht würdig, die Bewilligung zur Rückkehr zu erhalten. (Lebhafter Beifall rechts.) Jene, die das Lügen- und Verleumdungshandwerk nicht fortsetzen, sondern als ehrliebe Bürger tätig sein wollen, können ohne jede Furcht zurückkehren.

Alexander Propper nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis.

Die Majorität nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Ein Verteidiger der Richter.

Georg Hegebüs (Wolffpartei): Jeder ehrliche ungarische Christ, der auf nationaler Basis steht, hat die Pflicht, die Vereinnahmung aller Gleichgesinnten anzubahnen. Redner ist ein ziemlicher Anhänger der Redefreiheit (lautes Gelächter auf der Linken), er kann aber dem alten Liberalismus nicht das Recht einräumen, die ungarische Gesellschaft zur Verantwortung ziehen zu wollen. Einen der größten Werte der Nation bildet die Unabhängigkeit der Richter. In diesem Lande muß das Gesetz jedermann gegenüber ohne Unterschied in gleichem Maße angewendet werden.

Emil Piller: Aber morden darf man?  
Georg Hegebüs muß die Unabhängigkeit der Richter in Schutz nehmen.

Béla Fabián: Sie können die Richter nicht verteidigen! Sie gehören auf die Anklagebank!

Rufe links: Bombenversteckung!  
Georg Hegebüs setzt unter wiederholten Widerspruch der Opposition seine Meinungsäußerung über die richterliche Un-

abhängigkeit fort und kommt schließlich auf die bekannte Äußerung des Ministers des Innern in Angelegenheit der Motivierung des Szolnoter Urteiles zu sprechen, mit welcher der Minister nach seiner Ansicht das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit angetastet habe. Die Richter haben das Recht, die Zeugenaussagen frei zu erwägen, haben sie in Szolnok die Aussagen der Detektivs und der Polizei nicht berücksichtigt, so dürften sie auch ihre Gründe dafür gehabt haben. Er bedauert, daß der Justizminister das Gericht gegen die Äußerungen des Ministers des Innern nicht energisch in Schutz genommen hat. Er richtet an den Justizminister die Frage, ob er geneigt sei, in Zukunft die richterliche Unabhängigkeit gegen jedermann in Schutz zu nehmen und seinen Standpunkt gegenüber der Äußerung des Ministers des Innern hier zu präzisieren.

Justizminister Dr. Paul Pesthy bittet das Haus, ihm zu gestatten, daß er auf die Interpellation gleichzeitig mit der Antwort auf die noch folgende Interpellation Béla Fabiáns antworten könne.

Die Csongráder Bombenaffäre.

Béla Fabián erklärt vor allem, daß er es gewesen, der stets für die Unantastbarkeit des Richterstandes und für dessen materielle und politische Unabhängigkeit in unzähligen Interpellationen eingetreten ist und auf die schweren Folgen hingewiesen habe, welche aus der Verbindung einzelner Richter mit den Erwachenden Ungarn und mit den Rassenidioten in Zukunft entstehen können. In Ungarn ist in den letzten Jahren erwiesenermaßen die Vertuschung eines jeden Verbrechens und Mordes aus der Csörggasse ausgegangen, was Redner auch im Csongráder Fall beweisen will. Er geht nun auf die Ereignisse des Csongráder Bombenattentats über, welche er tagebuchartig von Tag zu Tag verfolgt. Er teilt hierbei mit, daß Johann Piroška und Johann Szágh schon am 28. Dezember telephonisch mit den Abgeordneten Tibor Eckhardt und Johann Jzirkay gesprochen haben. Damals habe Eckhardt ihnen die Weisung gegeben, die Beschuldigten mögen erklären, daß sie geschlagen worden seien und nur deshalb die Tat eingestanden hätten. Am selben Tage habe der damalige stellvertretende Ministerpräsident Wais erklärt, daß die strengste Untersuchung angeordnet sei und daß diese auch nicht vor den intellektuellen Urhebern stehen bleiben werde. Wie kommt es dann, daß weder Tibor Eckhardt noch Jzirkay, die doch mit Piroška telephonisch gesprochen haben, über ihre Verbindung mit den Csongráder Erwachenden Ungarn einvernommen wurden? Die Recherchen sind an dieser Stelle ins Stocken geraten. Am Anfang der Untersuchung konnte Johann Piroška nicht verhört werden. Man war sich darüber nicht einig, ob er dem Militärstande noch angehört oder Zivilist ist. Erst der Honvédminister entschied, daß er nicht mehr als Oberleutnant betrachtet werden könne. Der Interpellant schildert dann die Einzelheiten der Untersuchung und der Verhandlung gegen die Csongráder Attentäter und bemerkt, daß Piroška und die Mittäter auf freiem Fuß gestellt werden mußten, weil sie sonst die Anklagen des Anklägers verraten hätten. Einzelne Angeklagte haben im Laufe der Verhöre auch hierauf bezügliche Anspielungen gemacht. Trotzdem Justizminister Pesthy dem Redner zugesagt habe, daß die Täter verhaftet werden, hat die Szolnoter königliche Staatsanwaltschaft gegen ihre Enthaftung nicht appelliert. Er führt noch verschiedene Umstände an, um zu beweisen, wie einseitig das Gerichtsverfahren war. Ein Mitglied des Gerichts hat vor der Verhandlung offen einbekannt, daß er auf den Verein der Erwachenden Ungarn eingeschwohren ist. Es ist ihm aber nichts widerfahren. An der Spitze des Vereins der Richter und Staatsanwälte steht ein Direktionsmitglied des Vereins der Erwachenden Ungarn. In Szolnok sind die Ankläger wie Angeklagte dagestanden.

Ein Handgemenge.

Franz Ulain: Wie kann der Herr Abgeordnete nur so etwas behaupten?

Béla Fabián: Bisher haben nur Sie gelogen! (Großer Lärm.) Der Verlauf der Szolnoter Verhandlung hat bewiesen...

Ernst Nagh: Entschuldig. Ich hätte nicht geglaubt, daß es solche Schurken als Richter gibt!

Franz Ulain (zum Präsidenten): Rufen Sie ihn zur Ordnung oder sind Sie auch ein Söldling dieses schändlichen Systems?

Es entsteht plötzlich ein Handgemenge auf der Linken. Franz Ulain erhebt seine Fäuste. Ernst Nagh ruft unausgesetzt: Graf Bethlen ist für alles verantwortlich! Julius Berky stürmt auf Ulain und ruft ihm im Lärm unverständliche Worte zu. Ulain will auf Berky losstürzen, doch die Abgeordneten Graf Viktor Széchenyi, Ludwig Beck und Desider Cöri-Szabó halten ihn zurück und schleppen ihn in eine rückwärtige Bankreihe, wo Ulain fast wie ohnmächtig hinsinkt. Cöri-Szabó behauptet, Ulain hätte in der Hosentasche einen Revolver gehabt, den er gerade herausziehen wollte, als er



A beteg gyermekre óditöleg csokt az hat. Ha anyja neki Szent István malacokat eszhal.

seine Hand faßte. Den Revolver hat aber niemand im Saale gesehen. Der Spektakel hält Minutenlang an. Die Minister Josef Bass und Ivan Kozlovsky begeben sich in die Mitte des Saales, um die streitenden Abgeordneten zu beschwichtigen. Der Präsident verläßt seinen Sitz, wodurch die Sitzung unterbrochen erscheint. Der Spektakel hält auch während der Pause an. Ullain ist nur schwer zu beruhigen, bis er endlich aus dem Saale entfernt wird.

Um halb 10 Uhr eröffnet der Präsident wieder die Sitzung und ruft Ernst Nagl wegen seines Zwischenrufes zur Ordnung. Auf seinen Antrag wird Franz Ullain wegen der Verletzung der Würde des Präsidenten vor den Immunitätsausschuß gewiesen. (Eisenrufe.)

Béla Fabián setzt sodann seine Interpellation fort und befaßt sich mit der Verhandlung, die gegen die Attentäter des Hauptstädtischen Operentheaters geführt worden ist, mit dem Verfahren gegen die Brüder Kovács und führt an, daß in Budapest mit der Untersuchung in allen Fällen von Attentätern ein Richter betraut wird, der im Verein der Erwachenden Ungarn ein- und ausgeht. So wie es im Rathhausepalais die Csernyterrieren gegeben hat, so befinden sich im Vereins Hause der Erwachenden Ungarn die Bombenattentäter. Alle Köpfe der Attentäter führen in die Sörbögasse. Den Sumpf will man trocken legen, aber die Fische haben Angst davor, so daß sie alles daran setzen, daß die Ordnung nicht hergestellt werde. Die unterirdischen Strömungen wollen den freien Raub und die Britanniaherrschaft zurückbringen. Aufgabe der Regierung ist es, Gesetz und Recht zur vollen Geltung zu verhelfen. Er fragt den Ministerpräsidenten, ob er endlich gesonnen sei, den Verein der Erwachenden Ungarn aufzulösen.

**Der Ministerpräsident, der Justizminister und der Minister des Innern über das Szolnoker Urteil.**

Hierauf erhebt sich Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen zum Wort. Er erklärte, daß die Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß Gerichtsurteile keiner Kritik unterzogen werden dürfen. Es ist ein Grundgesetz der ungarischen Verfassung, daß das Gericht eine unabhängige Institution ist. Weder die Regierung noch die Nationalversammlung könne daher Urteile kritisieren. Auf Grund des Aufsichtsrechtes ist es aber Pflicht der Regierung, bei bedenklichen Erscheinungen im Gerichtswesen einzugreifen. Diese Pflicht hat sie bis zur Ausnützung aller zur Verfügung stehenden Mittel zu erfüllen. Wenn es sich aber zeigen sollte, daß es Situationen gibt, in denen das Aufsichtsrecht der Regierung nicht genügt, dann wird die Regierung nicht zaudern, an die Legislative heranzutreten, um sich wirksamere Mittel zu sichern. (Beifall rechts und links.)

Justizminister Paul Pesthy betont auch den Wert der richterlichen Unabhängigkeit. Soweit es sich um die materielle Seite des Gerichtsverfahrens in Angelegenheit des Eszograder Attentats handelt, wird die Regierung nichts unternehmen, zumal das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Julius Bitter: Die Sache soll nicht an Degré geleitet werden, der ist noch ärger als Fuchs.

Justizminister Paul Pesthy: Was aber die formelle Seite, die Einhaltung der Vorschriften des Verfahrens betrifft, werde ich von meinem Aufsichtsbefugnis Gebrauch machen. Pesthy fand auch ein Ministeramt statt, in dem die Haltung des Präsidenten im Eszograder Prozesse einer Kritik unterzogen wurde. Das Verfahren ist bereits eingeleitet worden, da eine Beschwerde des Sonderministers vorliegt und auch eine solche seitens des Ministers des Innern erhoben worden ist. Eine Erklärung, die der Verein der Richter und Staatsanwälte unter dem Vorsitz Karl Wolffs in dieser Angelegenheit erbracht hat, erachte er als gravaminös und verleitend, weshalb er sie verurteilen muß. Erst gestern habe er erfahren, daß ein Richter im Szolnoker Prozesse sich damit brüstete, daß er dem Verein der Erwachenden Ungarn angehöre. Das fällt schwer ins Gewicht. Ein Richter kann in seinem Stuhle nur Richter und nicht Erwachender Ungar sein. (Stürmischer Beifall rechts und links.) Das Verfahren ist in dieser Sache eingeleitet worden. Das Gerücht, daß Verhandlungsleiter Fuchs bereits im vorhinein erklärt habe, er werde die Angeklagten freisprechen, habe sich im Laufe einer angeordneten Untersuchung nicht bewahrheitet.

Minister des Innern Ivan Kozlovsky, der hierauf sprach, reflektierte vor allem auf die Ausführungen des früheren Interpellanten Hegedüs und verwahrt sich energisch dagegen, als wollte er mit seinem im Angelegenheit des Szolnoker Urteils eingeleiteten Verfahren die richterliche Unabhängigkeit verletzen. Er habe im Ausschusse dieser Angelegenheit seine Demission dem Ministerpräsidenten gegeben. Es sei sein gutes Recht gewesen, die Demission zu begründen und hierfür habe er reichliche Anhaltspunkte in den Erscheinungen, die während des Verlaufes des Szolnoker Prozesses zu der fast allgemein bekannten, wenn auch heute noch nicht endgültig rezipierten Begründung führten. Die richterliche Unabhängigkeit ist kein noli me tangere (Zustimmung links), denn das dem Justizminister zustehende Überwachungsrecht beweist zur Genüge, daß Rechtswege vorgezogen sind, wenn das Vorgehen einer Gerichtsstelle nicht einwandfrei ist. Es sei nicht Absicht des Redners, aus Sensationshascherei all jene Gründe anzuführen, wegen welcher er Ursache gehabt hätte, gegen den Verlauf des Szolnoker Prozesses Stellung zu nehmen. Er unterläßt dies, denn er halte es als wichtigste Aufgabe, die Harmonie zwischen den Justizbehörden und den Verwaltungsbehörden aufrecht zu erhalten. Zwischen den beiden Regierungstellen muß das engste Zusammenwirken herrschen, damit die Ordnung in Lande hergestellt und die Schuldigen ihrer Strafe zugeführt werden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen teilt Redner mit, daß es festgestellt wurde, daß zwei Be-

schuldigte im Szolnoker Prozeß mit Dr. Dániel, einem Führer der Erwachenden Ungarn, und auf einem Telephon des Népszava mit dem Abgeordneten Johann Szirkay ein Gespräch geführt haben.

Béla Fabián: Wann? Minister des Innern Ivan Kozlovsky (in ein Attentat Einblick nehmend): Am 28. Dezember.

Béla Fabián: Also einen Tag nach dem Bombenattentat.

Minister des Innern Ivan Kozlovsky: Die Untersuchung wurde nach dieser Richtung durchgeführt, sie hat aber zu keinem Resultat geführt. (Rufe auf den sozialdemokratischen Bänken: Sätten nur wir solche telephonische Gespräche geführt, hätte man schon Resultate erzielt!)

**Der Verein der Erwachenden Ungarn.**

Minister des Innern Ivan Kozlovsky: Seitdem er Minister des Innern ist, habe er den Verein der Erwachenden Ungarn zur Statutenänderung veranlaßt. Er habe eine Provinzorganisation des Vereins bereits aufgelöst und verspricht, daß,

wenn es erwiesen wird, daß im Verein der Erwachenden Ungarn zu Attentaten aufgereizt wird, er seine Pflichten auch diesem Verein gegenüber kennen werde.

Viktor Drózdly: Wenn die Regierung keine Kraft hat, werden wir den Verein der Erwachenden Ungarn auseinanderreiben!

Emil Bitter: Wir werden die Erwachenden Ungarn einschläfern! (Rufe links: Dieses Verbrechereiß muß ausgehoben werden!)

Georg Hegedüs polemisiert gegen die Ausführungen des Ministers des Innern.

Béla Fabián hätte vom Minister bestimmte Erklärungen über den Verein der Erwachenden Ungarn erwartet. Die Regierung hat keine Kraft, den Verein aufzulösen.

Das Haus nimmt die ministeriellen Reden zur Kenntnis.

Johann Bugyi reflektiert in persönlicher Sache auf eine Erklärung Fabiáns, der den Sachverhalt neuerdings darstellt.

Die übrigen Interpellationen werden teils vertagt, teils gestrichen.

Schluß der Sitzung um 11 Uhr nachts.

**Steigerung der parlamentarischen Gegensätze.**

Die angegriffene Position des Ackerbauministers. — Erklärung der Kleinlandwirte. — Angebliche neue Ministerlisten. — Die Revision der Hausordnung.

Die stürmischen Szenen, welche den Lauf der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wiederstürzten, widerspiegeln die Stimmung, welche zur Zeit die gesetzgebende Körperschaft beherrscht. Maßlose Geizheit auf der einen Seite, unbeugsame Kampfeslust auf der anderen beeinflussen die Beratungen der Nationalversammlung und machen zielbewusste Arbeit geradezu unmöglich.

Die Opposition scheint den Zeitpunkt ihres Ansturms gegen die Regierung günstig gewählt zu haben, denn momentan ist die Position des Kabinetts Bethlens tatsächlich keine felsenfeste. Das gouvernementale Lager hat eine Achillesferse, denn durch die Affäre Eszkütt ist der Anhang Stefan Szabós verstimmt und bildet keinen unter allen Umständen zuverlässigen Teil der Minderheitspartei. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn innerhalb der politischen Kreise schon neue Ministerlisten fertiggestellt werden, die man allerdings noch nicht als bare Münze nehmen kann, die aber als Symptom jedenfalls beachtet werden müssen. Vielfach fiel es auf, daß während der heutigen Auseinandersetzung Vinzenz Nagys mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen, in welcher der Nagyatáder als Mitglied des Karolyischen Kabinetts eine Rolle spielte, Stefan Szabó plötzlich den Saal verließ und nicht mehr dahin zurückkehrte. Die

Opposition war geneigt, diesen Zwischenfall als eine Demonstration Szabós aufzufassen, was aber der Ackerbauminister später in den Couloirs als unzutreffend bezeichnete. Er habe nur deshalb den Saal verlassen, weil er bei Erörterungen, die seine Person angehen, nicht anwesend sein wolle.

In politischer Beziehung hatten die Vorgänge der heutigen Nachsitzung auf den Bänken der Regierungspartei die Annahme bestärkt, daß eine Verschärfung der Hausordnung unumgänglich notwendig geworden sei. Eine Bemerkung des Grafen Bethlens, daß mit dem Interpellationsrecht Mißbrauch getrieben wird, ließ darauf schließen, daß eine Einengung des in den letzten Jahren sehr ausgiebig in Anspruch genommenen Interpellationsrechtes geplant ist und daß man überhaupt daran geht, die Revision der Hausordnung vorzunehmen. Es sollen nach dieser Richtung hin heute schon Besprechungen gepflogen worden sein, auf Grund deren die Regierungspartei wahrscheinlich ernstlich daran gehen wird, unmittelbar nach Verabschiedung der Gesetzesvorlage über das hauptstädtische Wahlrecht den neuen Hausordnungsentwurf auf die Tagesordnung zu stellen. Das wäre aber eine offene Kriegserklärung an die Opposition und dann würde sich auch die kriegerische Stimmung in der Nationalversammlung nur noch verschärfen.

**Niederlage des Kabinetts Macdonald.**

Mit 364 gegen 198 Stimmen. — Das Unterhaus wird aufgelöst.

Nach halb 2 Uhr nachts kommt uns die telegraphische Meldung zu, daß das Kabinett Macdonald mit 364 gegen 198 Stimmen unterlegen ist. Die Depesche fügt hinzu, daß „die Auflösung des Hauses vor der Tür stehe“; die Regierung demissioniert also nicht, sondern wird Neuwahlen ausschreiben und die Majorität im Unterhause zu erlangen suchen. Nicht die großen außenpolitischen Fragen, auch nicht eine bedeutsame innerpolitische Angelegenheit hat den Sturz des Kabinetts Macdonald herbeigeführt, sondern ein scheinbar geringfügiger Fall. Bekanntlich handelte es sich um die Anklage gegen den Herausgeber eines Wochenblattes Workers Weekly, der durch einen Artikel angeblich die Schuld der Aufreizung zur Meuterei auf sich geladen hat. Die Anklage wurde erhoben, jedoch wieder zurückgezogen, mit der Begründung, daß eine harmlose Auffassung dieses Artikels sich durchgesetzt habe. Nun nahm die Opposition den Standpunkt ein, daß die Einmischung des Generalanwaltes einen Bruch des Gesetzes bedeute und daß die Unabhängigkeit des Gerichtes von der Politik in Frage stehe. Eine so schwere Anklage hätte nicht leichtlich durch einen Wink von oben herab zurückgezogen werden dürfen.

**Die entscheidende Sitzung des Unterhauses.**

London, 8. Oktober. (Unterhaus.) Vor vollbefehltem Hause begründete der frühere Staatssekretär Sir Robert Horne den Antrag der Unionisten, in dem die Regierung wegen ihrer Haltung bei der Zurückziehung der Anklage gegen den Herausgeber des kommunistischen Blattes Workers Weekly getadelt wird. Sir Robert Horne erklärte, wenn die Ausführung der Gesetze der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet würde, so würde die Verantwortlichkeit überhaupt verschwinden. Der Attorney-General sollte völlig frei von politischen Einflüssen sein, wenn er sich seine Ansicht bildet. Kein größerer Schlag könnte gegen die britische Zivilisation geführt werden, als der, daß der Oberste Gerichtshof für Parteiinteressen benützt werde und der Vorwurf gegen die Regierung sei eben der, daß sie derartige Dinge getan habe. Horne fuhr dann fort, die Haltung des Attorney-Generals Hastings zu kritisieren und sagte unter anderem: Der

Attorney-General habe erklärt, daß eine Beratung mit dem Staatsanwalt stattgefunden habe, bevor der letztere in der Sitzung des Gerichtshofes ankündigte, daß die Anklage infolge gewisser Vorstellungen fallen gelassen worden sei. Horne rief Sensation hervor durch die Erklärung, daß zwischen dem Staatsanwalt und dem Attorney-General eingehende Besprechungen stattgefunden hätten und daß die vor dem Gerichte abgegebene Erklärung mit voller Kenntnis von Hastings erfolgt sei.

Horne sagte weiter, es sei den Konservativen gleich, ob die namentliche Abstimmung über den konservativen oder den liberalen Antrag erfolgen würde, vorausgesetzt, daß die Frage genügend geklärt wird, um Wiederholungen zu verhindern.

Hastings erwiderte, er würde nicht anders handeln, wenn er über einen ähnlichen Fall zu entscheiden hätte. Hastings erklärte sodann, nachdem die Strafverfolgung begonnen habe, hat ihn das Parlamentsmitglied Maxton darüber unterrichtet, was für ausgezeichnete Leistungen während des Krieges Campbell aufzuweisen habe und ein wie hervorragender Charakter er sei. Macdonald habe die Ansicht geäußert, daß die Strafverfolgung niemals hätte eingeleitet werden dürfen. Hastings selbst habe dann beschlossen, die Strafverfolgung auszusetzen, als die Nachforschung in ihm den Glauben erweckte, daß die Verfolgung ein Mißergebnis haben werde. Das Kabinett habe mit diesem seinen Entschluß nichts zu tun.

Der liberale Führer Sir John Simon, der nach der Rede Hastings den liberalen Abänderungsantrag einbrachte, erklärte, eine Untersuchung sei notwendig, um zu entdecken, bis zu welchem Maße die politischen Vorgesetzten des Attorney-Generals (nämlich das Kabinett) einen Versuch machten, um seine Auffassung zu beeinflussen. Der Attorney-General habe das Haus vollständig im Nebel darüber gelassen, welche Rolle der Premierminister und andere Minister in dieser Angelegenheit spielten.

Der Ministerpräsident erklärte, daß, wenn das Haus dem konservativen oder dem liberalen Antrag zustimmte, die Regierung gehen würde. Es würde das Ende einer Regierung sein, die dem Land viel Ehre brachte. Kurz dar-

auf aber würde die Regierung wieder zu Amte kommen.

Vor der Debatte entschuldigte sich Macdonald wegen seines Dementis in der letzten Woche, daß der Fall der Worfers Weckly vom Kabinett besprochen worden wäre.

Das Kabinett Macdonald unterlegen.

London, 8. Oktober. (Unterhaus. Reuter.) Die Regierung ist mit 364 gegen 198 Stimmen unterlegen. Die Auflösung des Hauses folgt.

Heimkehr des Königs.

London, 8. Oktober. Mit Rücksicht auf die politische Krise verläßt der König heute Abend Balmoral und trifft morgen früh in London ein.

Besorgnisse in Frankreich.

Paris, 8. Oktober. (U.A.B.) In offiziellen Kreisen verfolgt man die Entwicklung der englischen Regierungskrisis mit großer Aufmerksamkeit. Diese Kreise verhehlen sich nicht, daß der Sturz der Regierung Macdonalds sehr schwere internationale Folgen nach sich ziehen kann.

Der Weltfriedenskongress in Berlin.

Berlin, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Weltfriedenskongresses sprach als erster Redner Graf Coudenhove-Kalergi, der als Weg zu einer Erweiterung des Völkerbundes die Schaffung einer paneuropäischen Organisation bezeichnete.

Als nächster Redner sprach Professor Schüding, der erklärt, der Pazifismus sei unter dem Einfluß der Angelegenheiten zu einer pazifistisch-juristisch-organisatorischen Bewegung geworden.

Der frühere Reichsminister Gothein trat für ein wirtschaftliches Paneuropa ein.

Hierauf ergriff der Vorkämpfer der indischen Friedensbewegung Abdullah Hussuf Ali (Bombay) das Wort und wandte sich gegen die paneuropäische Idee.

Oberrichter Simonson warnte davor, das Problem „Paneuropa“ schon auf diesem Kongress lösen zu wollen.

Der polnische Vertreter Lipacevic trat den Ausführungen Gotheins entgegen.

Es folgten dann die Ausschlußberichte.

Die geplante Umbildung der deutschen Reichsregierung

Berlin, 8. Oktober. (Wolff.) Die Fraktionsitzung der Demokraten im Reichstage nahm einstimmig eine Entschliebung an, in der es heißt: Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei hält eine Veränderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht.

Berlin, 8. Oktober. Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer heutigen Sitzung ihre Unterhändler ermächtigt, in demselben Sinne, wie bisher, weiter zu verhandeln.

Die Fraktionsitzung der Deutschnationalen dürfte sich bis in die Abendstunden ausdehnen.

Die abschließenden Antworten der Parteien sind bis heute Abend, wie der Reichskanzler es wünschte, nicht zu erwarten.

Berlin, 8. Oktober. Die deutsche Volkspartei erklärt nach mehrstündigen Beratungen in einem Communiqué, die Richtlinien der derzeitigen Regierung bilden für die Koalition eine brauchbare Grundlage, auf welcher die Regierungserweiterung vollbracht werden kann.

Berlin, 8. Oktober. (Wolff.) Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Reichskanzler Marx die Führer der Regierungsparteien zu einer erneuten Besprechung auf Donnerstag vormittag geladen, um mit ihnen die Ergebnisse der Fraktionsberatungen zu erörtern.

Berlin, 8. Oktober. (Wolff.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute eine Entschliebung gefaßt, in der betont wird, daß gerade auch die deutschnationale Volkspartei stets für eine Volksgemeinschaft eingetreten ist, daß sie darunter aber eine Gesinnungsgemeinschaft verstehe, die in der Zusammenfassung aller auf christlichen nationalen und sozialen Boden stehenden Volkskräfte besteht.

Die Vorgänge in Italien.

Rom, 8. Oktober. Das Komitee der vereinigten Oppositionsparteien erklärt in einer Tagesordnung, daß seit dem Kongress der katholischen Volkspartei in Turin und insbesondere seit der Ermordung Matteottis der Faschismus immer mehr an Boden verloren hätte, wie der Kongress der Kriegsteilnehmer, der Pressekongress, der Kongress der Rechtsanwälte, sowie der rechtsliberale Kongress in Livorno bewiesen hätten.

Lokal-Anzeiger.

Städtische Neuigkeiten.

\* Magistratsgeneralversammlung. Der in Vertretung des Municipalausschusses wirkende Magistrat hielt heute unter Vorsitz des Regierungskommissärs Dr. Franz Ripka eine Sitzung, in welcher fast ausschließlich Kostenbedeckungsangelegenheiten erörtert wurden.

Regierungskommissär Dr. Franz Ripka eröffnete die Sitzung nach 5 Uhr und machte zunächst von der Vermählung des Erzherzogs Josef Franz Mitteilung. Hierauf gedachte er in pietätvollen Worten des Hinrichtens des Feldmarschalls Hermann Kövess, der in Wien gestorben, aber hier beerdigt wurde.

\* Regierungskommissär Dr. Franz Ripka gegen die Teuerung. Wie bereits gemeldet, hat Regierungskommissär Dr. Franz Ripka für den Transport von Rindern und Schweinen nach Budapest eine 50prozentige Tarifbegünstigung erwirkt.

Tagesneuigkeiten.

\* Wetterbericht und Wasserstand. Die Verteilung des Aufdrucks ist ziemlich verwickelt. Erwähnenswert ist besonders das sekundäre Minimum über Calais, das sich weiter entwickelnd, die Witterung in Mitteleuropa beeinflussen dürfte.

Die hydrographische Section des Ackerbauministeriums meldet: Die Donau fällt auf der ganzen Linie, bis Baja bei sehr niedrigem, weiter abwärts bei niedrigem Wasserstande.

\* Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen — 50jährig. Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen hat nach den der Regierung nahestehenden Mäthern heute, nach den verlässlichsten Biographien schon am 3. d. feinsten fünfzigsten Lebensjahr vollendet. Wir benützen gerne den Anlaß, um den Ministerpräsidenten zu seinem Jubeltage zu begrüßen.

\* Personalsnachrichten. Die königlich spanische Regierung hat das Budapest spanische Berufskonsulat aufgelassen und an dessen Statt ein Honorarkonsulat errichtet, an dessen Spitze der spanische Honorarkonsul Don José Gallart y Cirbal berufen wurde.

Fixfizetésből részletre olcsón ruházkodni! Heller ruhaáruházában (Rákóczi-ut 13) a legfinomabb öltöny, raglán, ulster, télikabát, valamint szőrmekabátokat, bekecsel, városi bundát, borkabátokat a legolcsóbban szerezheti be. Mértékosztályomon kizárólag I. oszt. munkát készítek, hozott anyagból is. Heller, Rákóczi-ut 13.

Amerikai Asthma-por Asthmalin (Gör. védve) Mind-nált kapható! Gyógyszertára, Budapest, Rákóczi-utca 12. szám. Torók József R.-T. Vt.

**Schaft nach Ghor ernannten Karl Galbritter.** — Seine wurde über das Befinden des Professors Dr. Ernst Moravcsik mitgeteilt, daß der Patient die Nacht unruhig verbracht hat. Obwohl der Zustand Moravcsiks sehr schwer ist, hofft man, ihn, mit Rücksicht auf seine vollkommen befriedigende Herzstätigkeit, am Leben erhalten zu können. Wie uns spät nachts aus der Verebelschen Klinik gemeldet wird, ist der Zustand des Professors Moravcsik unverändert.

**\* Parlamentarier beim italienischen Gesandten.** Eine Deputation jener Abgeordneten, die jüngst eine Studienreise nach Italien unternommen hatten, sprach heute unter Führung des Vizepräsidenten der Einheitspartei Ladislaus Almásy beim italienischen Gesandten Graf Durini di Monza vor und dankte ihm für den außerordentlich warmen Empfang, dessen die Ungarn in Italien teilhaftig geworden. Die Deputation begab sich sodann zum Präsidenten der italienisch-ungarischen Kammer Fürsten Signatelli, dem sie für die Unterstützung seitens der Kammer dankte. Fürst Signatelli erwiderte, er habe mit größter Freude zur Festigung der italienisch-ungarischen Freundschaft beigetragen. Die Sympathie Italiens für Ungarn werde auch darin zum Ausdruck gelangen, daß im nächsten Frühjahr eine aus italienischen Politikern, Nationalökonomern und Journalisten bestehende Gruppe eine Studienreise nach Ungarn unternommen wird.

**\* Anatole France.** Aus Paris telegraphiert man: Die Berichte, die über den Gesundheitszustand Anatole Frances ausgegeben werden, lassen erkennen, daß sein Ende stündlich zu erwarten ist. Gestern abends wurde eine Temperatur von 39,9 festgestellt. Die letzten Berichte sprechen von zunehmender Schwäche und wachsenden Ernährungsschwierigkeiten.

**\* Heinrich Schulz-Förster wird nicht ausgeliefert.** Im Auslieferungsanfragen der deutschen Regierung betreffs Heinrich Schulz-Försters hat der Justizminister heute im Einklange mit dem Bericht des Budapester Strafgerichts dahin entschieden, daß die Auslieferung verweigert wird, da ein politisches Verbrechen vorliegt. Die deutsche Regierung hat die Auslieferung des der Ermordung des Grafen Stefan Tisa angeklagten Emerich Csernyák mit der Begründung verweigert, daß das Verbrechen ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt sei. Der Justizminister hat nun, da laut dem 1908 mit der deutschen Regierung getroffenen Übereinkommen der Kreis der Auslieferungsvorbrechen durch die Regiprozität eingeschränkt ist, in der Frage der Auslieferung Schulz-Försters den gleichen Standpunkt eingenommen und die Auslieferung verweigert, weil die Äußerungen der deutschen Staatsmänner, die Mitteilungen der deutschen Presse und die der Ermordung Erzbergers folgenden politischen Ereignisse, besonders die deutsche Regierungsverordnung vom 29. August 1921 unzweifelbar bestätigen, daß die Ermordung Erzbergers und der Mordversuch gegen den deutschen Abgeordneten Karl Diez ausschließlich aus politischen Gründen und für politische Zwecke erfolgt seien.

**\* Trauung.** In der Innerstädter Pfarrkirche fand heute nachmittag die Trauung des Oberleutnants Alexander Rniztor mit Rosa Almásy, der Tochter des Vizepräsidenten der Einheitspartei, Abg. Ladislaus Almásy, statt. Trauzeugen waren Oberfiskal Dr. Joltán Hankovszky und der Prokurist der Kommerzbank Karl Horleth. Die Trauung vollzog der Kalocsäer Großpropst, Minister Dr. Josef Vajsz, der an das junge Paar eine längere Ansprache richtete.

**\* Die Affäre Castiglioni.** Aus Wien telegraphiert man der Bud. Korr.: Die Affäre Castiglioni ist auf einem toten Punkt angelangt; die Flottmachung erwartet man von der Auflösung der Banca Commerciale über ihre äußersten Bedingungen. Es verlautet, der Generaldirektor der Banca, Commendatore Leopoldo, werde nach Wien kommen, um das letzte Wort auszusprechen. Das Verhör Castiglionis wird morgen fortgesetzt. — Weiters telegraphiert man: In der Angelegenheit Castiglioni stehen die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein auf der einen Seite, die Boden-Kreditanstalt und die Eskomptebank auf der anderen Seite sich gegenüber. Die Kreditanstalt vertritt den Standpunkt, daß gegen Castiglioni lokal vorgegangen werden müsse, d. h. die Depositenbank soll sanieren und mit Castiglioni ein günstiger Ausgleich getroffen werden. Die andere Gruppe vertritt den Standpunkt, daß die Depositenbank und Castiglioni fallen gelassen werden sollen. Castiglioni nimmt den Standpunkt ein, daß er sich einem Schiedsgericht nur unterwirft, wenn die Untersuchung gegen ihn eingestellt wird.

**\* Eine erregte Szene im Verhandlungsaal.** Vor dem Senat des kon. Landrichters Dr. Valentin des Strafgerichtshofes in der Marktgasse stand heute der Tagelöhner Franz Varga des Diebstahls angeklagt und wurde zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Als das Urteil verkündet wurde, stürzte sich Varga plötzlich zu dem Fenster des Verhandlungsaaes, zerschmetterte eine Scheibe und wollte sich auf die Straße stürzen. Der

Gefängniswächter und mehrere Leute aus dem Auditorium konnten den verzweifelten Varga nur mit Mühe bändigen. Schließlich wurde er in eine Zwangsjacke gesteckt und mußte so die Begründung des Urteils zu Ende hören.

**\* Todesfälle.** Der Rennstallbesitzer und gewesene Reichstagsabgeordnete Arthur Egedi ist gestern morgens auf seiner Egeder Besitzung unvermutet gestorben. Seinerzeit spielte er im öffentlichen Leben sowohl der Hauptstadt als des Komitats Sopron eine bedeutsame Rolle. Er war mehrere Jähren hindurch Reichstagsabgeordneter und gehörte als solcher zu den Intimen Graf Stefan Tisas. Große Verdienste erwarb er sich um die heimische Vollblutzucht. Er zog sich vom öffentlichen Leben zurück, als sein einziger Sohn auf dem russischen Kriegsschauplatz den Heldentod fand. Er wird von seiner Witwe und drei Töchtern, sowie einer zahlreichen Verwandtschaft betrauert. Seine sterblichen Ueberreste werden nach Budapest gebracht und hier zur ewigen Ruhe beigesetzt werden. — Aus Prag telegraphiert man: Gestern starb hier der bekannte Kunstmaler Dr. Eduard Fiala im Alter von 69 Jahren.

**\* Das Ende der Visitenkarte.** Der Allgemeine Wegweiser berichtet aus Amerika, daß man dort die Visitenkarte gänzlich abzuschaffen beabsichtigt. Nur als Geschäftskarte für den Handlungsreisenden soll sie bestehen bleiben. Damit geht ein Jahrtausende alter Brauch seinem Ende entgegen, denn schon die Chinesen kannten die Besuchskarte, die in Europa freilich erst in der Renaissancezeit Mode wurde. Die ältesten europäischen Visitenkarten stammen aus Venedig; es sind kunstvoll ausgeführte Silberkarten meist mit Ansichten Venedigs, der Name des Trägers wurde handschriftlich in einen freigelassenen Raum eingetragen. Besonderen Kunstwert besitzen die Visitenkarten des 18. Jahrhunderts, wo dieser Brauch auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr Verbreitung findet. Die Karten des 18. Jahrhunderts sind oft ganz entzückende Kupferstiche mit Vignetten, Scherenszenen, mythologischen Darstellungen usw. Name und Titel wurden bereits vom Kupferstecher eingefügt.

**\* Vorträge.** Im Cobdenverband hält der bekannte englische Parlamentarier und Finanzier Sir George Baiß morgen, Donnerstag, halb 7 Uhr im Prunksaal der Handelskammer einen Vortrag über den wirtschaftlichen Aufschwung Ungarns. — Auf Einladung des Feministenvereins werden am 10. d., abends 6 Uhr, im Festsaal der Handels- und Gewerbekammer die Vizepräsidentin der Internationalen Friedensliga der Frauen Mme. Gabrielle Duchêne und das Mitglied des englischen Parlaments Sir George Baiß über das Problem des auf der internationalen Verständigung beruhenden wirklichen Friedens sprechen.

**\* Mehr Licht!** Die Stadt geht einer erfreulichen Wandlung entgegen: wieder erscheinen vor den Schaufenstern die großen Bogenlampen, um die im Schaufenster ausgestellten Waren mit ihrem Sonnenlicht zu umfluten. Heute sind allerdings erst noch vereinzelt Auslagen zu sehen, vor deren Fenstern das grelle Lampenlicht die Passanten sozusagen festbannt. So z. B. auf dem Barossplatz, der sich dem Vorübergehenden jetzt in einem vorteilhaften Lichte präsentiert. Aber auch sonst sieht man allenthalben, besonders im Geschäftsviertel und in der Königsgasse, Elektromonturen, die auf Leitern vor den Schaufenstern jonglieren, Leitungsdrahte ziehen und Bogenlampen putzen und einschrauben, welche mit ihrem bauchigen Milchglase und dem gepuzten messingenen Obertheil auch schon am Tage den Läden ein ganz anderes Aussehen verleihen. Und erst am Abend! Welch ein Lichteffekt! Aber auch Welch ein Reklameeffekt! Die Vorübergehenden, groß und klein, bleiben unwillkürlich stehen, um die im hellen Lichtglanze schimmernden Auslagen zu bewundern. Die verlockenden Aufschriften: „Neuester billig! Tief herabgesetzte Preise! Gelegenheitskauf!“ geben den Frauen, schließlich auch den Männern vollends den Rest. Mit einem Griff nach der Geldbörse treten die Bewunderer in den Laden und kaufen trotz schlechter Konjunktur und Geldnot, was sie eben zusammenkaufen können. Diese Art von Reklame übt eine Massensuggestion aus, wie keine

andere. So kommen die Kaufleute auf ihre Rechnung und helfen gleichzeitig, der Stadt ein großstädtisches Aussehen zu verleihen. Auch die Kinobesitzer bedienen sich seit einiger Zeit des Lichtes als Reklame. Mit weithin sichtbaren Lichtbuchstaben verführen sie die dahineilenden Passanten zum Kinobesuch. So erhält die Stadt allmählich ein Gepräge, das hinter dem einer anderen Weltstadt nicht weit zurücksteht. Hierbei fällt uns ein Bild aus der Kommunitätszeit mit der Aufschrift: „Du im Finstern herumirrend...“ ein, das uns den krassen Unterschied zwischen dem Budapest von ehemals und dem von heute so recht zum Bewußtsein bringt. Hoffentlich wird diese Wandlung weitere Dimensionen annehmen und den ohnedies so schwach beleuchteten Gassen durch die intensivere Beleuchtung der Läden ein occidentalischeres Aussehen verleihen.

**\* Minister Graf Kuno Klebelsberg gegen Magyarjag.** Im Magyarjag erschienen vor einigen Monaten heftige Angriffe gegen den Unterrichtsminister Grafen Kuno Klebelsberg. In einem dieser Artikel („Ein Trianon des Unterrichtswesens“) hieß es, das Druckereunternehmen der Wissenschaftlichen Gesellschaften, deren Präsident der Minister ist, habe eine bedeutende Bestellung auf Schulbücher erhalten. „Die Idee des einheitlichen Schulbuchs — sagt der Artikel — entstammt dem Kopfe eines findigen, schlauen Menschen, der für Geschäftsmöglichkeiten ein feines Gefühl hat. Der Plan diene den Interessen des vom Minister gegründeten Druckereunternehmen, doch sei er zu verworfen, wenn auch die durch den Grafen Klebelsberg von Kunst und Lulacs angelegte Idee noch so verlockende Geschäftsmöglichkeiten enthalte.“ Wegen dieser verdächtigen Artikel wurde gegen den Verfasser Dr. Alexander Bethö das Strafverfahren wegen des ex offo zu verfolgenden Preßvergehens der Verleumdung eingeleitet und heute vor dem Strafgerichtshof unter dem Vorsitz des Kurialrichters Töröky verhandelt.

Der Angeklagte erklärte, er habe nicht behauptet, daß der Minister seine eigenen materiellen Vorteile im Auge gehabt hätte, sondern die des Druckereunternehmens der Wissenschaftlichen Gesellschaften. — Präsi.: Sie sagen aber, der Minister sei praktisch und findig. Wie verstehen Sie dies? — Angekl.: Es kann doch nicht als beleidigend gelten, wenn ich den Minister praktisch und findig nenne. — Präsi.: Sie setzen aber fort, daß er ein feines Gefühl besitze für Geschäftsmöglichkeiten. — Ang.: Dies bezog ich darauf, daß der Minister Präsident der Druckereunternehmen ist, wo die einheitlichen Schulbücher zu drucken gewesen wären. Hierin erblicke ich eine gewisse moralische Inkompatibilität. — Minister Graf Klebelsberg: Es ist notorisch, daß ich Präsident des genannten Unternehmens bin. Es ist auch natürlich, daß diese Druckerei an den staatlichen Bestellungen beteiligt werde. Die Schulbücher werden dadurch riesig verteuert, daß es dreißig bis vierziglei Ausgaben gibt und jede Ausgabe nur in wenigen Exemplaren abgesetzt werden kann. Mein Ziel ist, die Schulbücher billiger zu machen. — Staatsanwalt Dr. Josef Lázár stellt Beweisanträge. Er will unter Beweis stellen, daß das Druckereunternehmen der Wissenschaftlichen Gesellschaften ein altruistisches Unternehmen ist und daß der Minister nie eine Aktie des Unternehmens besaß. Weder der Minister als Präsident, noch die Direktionsmitglieder begeben die ihnen laut Statuten gebührenden Präsenzgebühren. Zu diesem Zwecke beantragt er die Einberufung mehrerer Zeugen. — Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück. Während der Pause äußerte Graf Klebelsberg mit dem öffentlichen Ankläger Dr. Lázár und dem Verteidiger Dr. Riech ein Gespräch, in dem er unter anderem erklärte: „Wenn ich schon meine Gesundheit daran sehe, will ich doch eines aus dem Ministerposten unterwerfen: meine Ehre. Und diese werde ich stets hier vor dem unabhängigen Gericht verteidigen.“ — Präsident Töröky verkündete hierauf den Beschluß, wonach der Wahrheitsbeweis zugelassen werde. Als erster wurde Minister Graf Kuno Klebelsberg einberufen, der erklärte, daß er in das von den 42 wissenschaftlichen Gesellschaften gegründete Druckereunternehmen als Vertreter der Historischen Gesellschaft delegiert sei und als Delegierter zum Präsidenten gewählt wurde. Er habe keine einzige Aktie. — Die hierauf einberufenen Zeugen bestätigten, daß der Minister keine einzige Aktie habe. Ueberhaupt befinden sich 95 Prozent der Aktien im Besitz der gründenden Gesellschaften und nur 5 Prozent in Händen von Privaten, die jedoch auch nur als Magazinate dieses Unternehmens behandelt.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Dr. Bethö der öffentlichen Verleumdung schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und fünf Millionen Kronen Geldstrafe. Der Staatsanwalt und der Verteidiger meldden die Appellation an.

**\* Die Galauniform der englischen Minister.** Die englische Labour Party hielt gestern in Anwesenheit Ramsay MacDonalds und mehrerer Kabinettsmitglieder ihre ordentliche Jahresversammlung. Auf der Tagesordnung stand eine große Anzahl verschiedener Vorschläge. Mehrere sozialistische Bezirke kritisierten in ihren Resolutionsvorschlägen die durch die Minister bei Hoffestlichkeiten getragene Galauniform. Diesbezüglich erklärten mehrere Resolutionshersteller, daß „Militärkostüme und Schwerter dem sozialistischen Geiste widerstreben“ oder daß sie „schäblich, lächerlich, verrückt, präherlich oder dumm“ wären. Bezirk Lewisham schlägt vor, daß die Minister nur in



**Modern butorszalon**  
 allandó nagy kiállítás. — Teljes lakberendezések.  
 Üllői-ut 14 és Baross-utca 11. Cégtulajdonos: Gáspár Nándor  
 Szabad megtekintés.

**Szénsavas fürdő otthon!**  
 A „RUPERTUS“ szénsavas fürdőtableta használata által a legjobb, legolcsóbb és legkényelmesebb szénsavas fürdő készíthető. Kapható mindenütt. Főraktár: Török József R-T. Gyógyszertára, Budapest VI. kerület, Király-utca 12. szám.

„vernünftiger“ Kleidung bei Hofe erscheinen sollen und falls sie nicht vorgelassen werden, so sei Domningtreet Nr. 10 (Gebäude des Ministerpräsidentiums) der Schauplatz jener Handlungen, welche die Anwesenheit Sr. Majestät unbedingt erfordern. Fast meint, die Kleidungen müssen wenigstens derart beschaffen sein, daß die Wähler ihre Vertreter erkennen sollen. Northwest Camberwell fordert, daß die Familien der Minister höchstens den ganz unausweichbaren Hoffentlichkeiten beizubehalten sollen, und der Bezirk Limehouse erwartet von den sozialistischen Ministern die Kultivierung jenes Verständnisses für Honorar, ohne welches keine echte Würde denkbar wäre. Bezirk St. Joes fordert die Einstellung aller Bezüge der Minister, die Bezüge Bow und Bromley wünschen den Ausschluß des Kolonialministers J. H. Thomas aus dem Kabinett, „auf Grund seines allgemeinen Betragens“ und der Bezirk St. Pancras macht denselben Vorschlag in bezug auf Arthur Henderson, Staatssekretär für innere Angelegenheiten. Mehrere Bezirke wünschen, daß in Zukunft Mitglieder der Labour Party Minister- oder Staatssekretärposten nur mit Genehmigung der Partei annehmen sollen.

**\* Bürgermeister und Magistratsrat.** Aus Pécs wird telegraphiert: Der frühere Magistratsrat und Direktor der Elektrizitätswerke Johann Herbert, der in dem Verleumdungsprozeß des Bürgermeisters Adalárd Rendtewich und der übrigen Leiter der Stadtverwaltung, wie bereits gemeldet, verurteilt worden ist, hat sich heute früh in dem Keller seiner Wohnung eine Kugel in den Kopf gejagt. Der Selbstmord wurde um 10 Uhr vormittag wahrgenommen, als sein Schwiegersohn, der bei der Verhandlung auch sein Verteidiger war, ihn aufsuchte, um sich mit ihm über die Appellation gegen das Urteil zu beraten. Herbert hat den Selbstmord mit einem Spiegel in der Hand verübt. In einem hinterlassenen Schreiben erklärt er, daß er das Urteil nicht überleben könne, denn er glaubte, der Dessenlichkeit einen Dienst erwiesen zu haben, als er sein Offenes Schreiben veröffentlichte.

**\* Ein Zug in Flammen.** Wie man der in Warschau erscheinenden russischen Zeitung „Sa swobodno“ meldet, hat sich in Sowjetrußland eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe ereignet. An den Passagierzug, der zwischen Moskau und Iwanowo-Wosnessens verkehrt, wurde einige Waggons mit Naphtha angehängt. Während der Fahrt entzündete sich das Naphtha und wenige Sekunden später stand der ganze Zug in Flammen. Sämtliche Passagiere, die sich in der entsetzlichen Panik nicht mehr ins Freie retten konnten, kamen in den Flammen um. Insgesamt haben 200 Menschen, darunter 30 Kinder, den Flammentod gefunden. Die Sowjetregierung hat den Sowjetblättern verboten, auch nur eine Zeile über diese furchtbare Eisenbahnkatastrophe zu schreiben.

**\* Postalisches.** Das nur für die Sommerzeit eingerichtete Post- und Telephonamt im Uwinkelell stellt am 15. d. seine Tätigkeit ein.

**\* Baron Sigmund Hufar wegen Duells zu einem Monat Staatsgefängnis verurteilt.** Noch im Jahre 1921 hatte Eduard Landauer mit Baron Sigmund Hufar infolge eines Rencontres im Hotel Rix ein Duell. Landauer, der bekanntlich den Linienfahrleutnant Alexander Kirchner im Duell tötete und deshalb zu zweijährigem Staatsgefängnis verurteilt, nach Verbüßung eines Teiles der Strafe aber begnadigt wurde, erhielt wegen des Duells mit Hufar sechs Tage Staatsgefängnis. Heute wurde gegen Baron Sigmund Hufar das Verfahren durchgeführt. Das Gericht verurteilte Baron Hufar zu einem Monat Staatsgefängnis, wobei es als erschwerend annahm, daß Hufar den Auftritt provozierte und Landauer an einem öffentlichen Orte schwer insultierte. Der Staatsanwalt appellierte wegen Verschärfung, Hufar wegen Milderung des Urteils.

**\* Ein ungewöhnlich starker Sturm hat, wie aus Paris telegraphiert wird, von Westen kommend beträchtlichen Schaden an verschiedenen französischen Küstenstrichen verursacht.** Einige Fischerboote sind untergegangen. Bei Versailles wurde ein Flugzeug vom Wind ergriffen und zu Boden geschleudert. Der Pilot und der Mechaniker wurden getötet. Die Flugmanöver mußten unterbrochen werden, da zahlreiche Apparate abgestürzt sind. Der Flugverkehr aus Paris nach London und Straßburg wurde eingestellt.

**\* Vier Kinder durch Leuchtgas vergiftet.** Gestern nacht kam auf der Budapesterstraße ein halbwüchsiges Kind zu dem Konstabler und erzählte mit großer Hast, daß seine Geschwister im Hause Nr. 15 bewußtlos in ihren Betten liegen. Der Schutzmann eilte in das genannte Haus und fand in der Wohnung des technischen Beamten Johann Kelemen, der gestern ins Spital gebracht wurde, vier Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren bewußtlos vor. Rasch waren die Retter zur Stelle und brachten die Kinder, die eine Gasvergiftung erlitten haben, zum Bewußtsein zurück. Glücklicherweise mußte nur die 13jährige Marie Kelemen ins Spital gebracht werden, die übrigen hatten sich bald erholt und konnten in häuslicher Pflege belassen werden.

**\* Großer Betrug.** Aus Berlin wird der Bud. Korr. telegraphiert: Die Filmdirektoren Ludwig Red und Walter Blumenthal haben durch Hinterlegung gefälschter Aktien bei dem Brandenburger Girobank, einer Fürstentwälder Bank und mehreren Kleinbanken etwa 2 Millionen Goldkronen behoben. Sie sind, als sie hörten, daß die Fälschung entdeckt wurde, geflüchtet.

**\* Scherzschwindel.** Der in Wien wohnhafte Agent Ernst Bodrogi überredete den Weinhändler Edmund Hirschberger, durch seine Vermittlung Rimaränder Aktien zu kaufen und nach entsprechender Kurssteigerung ebenfalls durch ihn zu verkaufen. Das Geschäft kam zustande und bei der Abrechnung überreichte Bodrogi einen Scheck über 120 Millionen auf die Wiener Firma Kofinik und Winkler. Als Hirschberger bei der Firma in Wien vor sprach, stellte es sich heraus, daß man Bodrogi dort gar nicht kenne und der Scheck wertlos sei. Nach verschiedenen Drohungen zahlte Bodrogi einen Betrag, blieb aber noch 53 Millionen schuldig und floh nach Budapest. Auf die Anzeige Hirschbergers wurde Bodrogi gestern ausgeforscht und in Haft genommen.

**\* Ueberfahren.** In der Maria Valeriegasse wurde heute mittag der 7jährige Volksschüler Karl Schweid von einem Auto überfahren. Dem Jungen wurden beide Zahnräder ausgeschlagen und er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Er wurde ins Weiße Kreuz-Spital gebracht.

**\* Verwegener Raub auf der Ráközistraße.** Der geflüchtete russische Oberst Boris Rimarow ging gestern nach Mitternacht über die Ráközistraße, als sich drei junge Leute zu ihm gesellten und mit ihm ein Gespräch anknüpften. Vor der Excelsior-Bar entrieffen die jungen Leute dem Rimarow plötzlich seine Aktentasche, in der sich 50 Millionen in bar befanden, und ergriffen die Flucht. Der Oberst selbst machte sich auf die Verfolgung und es gelang ihm, einen der Flüchtenden zu ergreifen und einem Wachmann zu übergeben. Der Betreffende behauptet aber, an dem Raub nicht beteiligt gewesen zu sein.

**\* Zugsentgleisung.** Aus Rom telegraphiert man: Der Luxuszug Paris-Rom ist bei Santa Margherita in der Nähe von Genoa entgleist. Die Maschine und mehrere Wagen stürzten um. Von den 60 Passagieren, die sich im Zug befanden, sind sechs tot, 15 schwer verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

**\* Deutscher Gottesdienst.** In der evangelischen Kirche am Deakplatz wird morgen, Donnerstag, 5 Uhr nachmittag, deutscher Wochenandacht abgehalten.

**\* Ein Verteidiger Graf Michael Karolhis.** Der Privatbeamte Eugen Jekete hatte in einem in der Néphada erschienenen Artikel für den Grafen Michael Karolhis Partei genommen, weshalb gegen ihn unter dem Titel „Lobpreisung eines Verbrechens“ das Verfahren eingeleitet wurde. Bei der heutigen unter Vorsitz Géza Töröcs durchgeführten Verhandlung führte der Verteidiger Rüstem Vámbéry aus, daß von der Lobpreisung eines Verbrechens nicht die Rede sein könne, da ja gegen Karolhis kein Strafverfahren eingeleitet wurde, und selbst im Vermögenskonfiskationsprozeß noch kein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Der Gerichtspräsident sprach den Angeklagten mit der Begründung frei, daß der Angeklagte sich nicht mit einer solchen Handlung Karolhis befaßt habe, welche das Gericht als Verbrechen erachtet. Der Staatsanwalt appellierte gegen das Urteil.

**\* Fälschungsurteil.** Aus Berlin telegraphiert man: Gestern abends ist in Neukölln eine Werkstatt zur Fälschung von Pässen und sonstigen Ausweisen, insbesondere von Steuerkarten, polizeilichen Fragebogen, behördlichen oder privaten Führungszeugnissen ausgehoben worden. Es wurde Fälschungsmaterial in bedeutendem Umfang vorgefunden, unter anderem eine bis auf die letzten Tage vervollständigte Sammlung aller Ministerialerlässe und sonstiger behördlichen Bestimmungen, die sich auf die Pässe und auf behördliche Mitteilungen über die von Kommunisten verwendeten amtlichen Stempel beziehen. Verschiedene Umstände lassen es als sicher erscheinen, daß der Leiter dieser Werkstatt seine Tätigkeit zumindest im Interesse der kommunistischen Partei betrieben hat oder ein Funktionär derselben war.

**\* Brand auf einem Gute.** Aus Szombathely wird telegraphiert: In einem Stall der Loronyer Herrschaft Georg Pisk ist heute ein Feuer ausgebrochen. Der Stall brannte ab, wobei 17 Stiere, 15 Fohlen und 1 Pferd umkamen. Den Feuerwehren der Umgebung gelang es nur schwer, den Brand zu lokalisieren. Die Feuersbrunst entstand dadurch, daß ein Hirtenknabe beim Anzünden einer Lampe das Stroh in Brand steckte. Die Gendarmerteilung setzt die Untersuchung fort.

Familiennachrichten.

Desjö Klemenj aus Komárom hat sich mit Lily Glajer, Budapest, verlobt. (Statt jeder besonderen Anzeige.)  
 Adalárd Fehérvári wird sich Sonntag, 12. d., mit Mady Berger, Tochter des Herrn Leopold Berger, vermählen. (Gratulation: Mittag 12 Uhr, V., Falk Witschgasse 18/20.)  
 Regenmantel N. 350,000. Neumann, Nagymező-utca 50.

Theater, Kunst und Literatur.

(Vidám Szinpad.) Diese kleine literarische Bühne der Hauptstadt, die ihre intimen Dimensionen im Sinne der subtilsten Kunst auszunutzen versteht, kam heute mit einem neuen Programm heraus. Die drei Einakter „A paradés fogaj“ von Andras Raggambly, „Adam és Eva“ von Béla Szenes und „A gyerek“ von Elemér Pajz erwiesen sich ihrer Gedanktiefe und ihrem Stimmungsgehalt nach als kleine Kunstwerke und um sie würdig auszugestalten zu können, hat sich die Direktion vom Lustspieltheater Paul Zolács und vom Renaissance-theater Anna Tócs und Desider Bánóczy geliehen. Doch auch das eingeborene Ensemble trug ihr Bestes zum Gelingen der drei Novitäten bei. Die Zeit des neuen Programms besanden sich bei Közi Szöllössi, Ferike Vidor, Vilma Göth, Desider Bánóczy in besten Händen. Alle Rechte wurden durch die geistvollen Konferenzen Ladislav Béteffis wie mit einer aus Humor gewundenen Girlande umrankt. Das Publikum applaudierte viel und herzlich.

HOLLYWOOD

Die Hauptrollen in Verneus „Imádóm!“ spielen Frau Ella Göth-Kertész, Franziska Gál, Frau Béga, Gabriel Rajna, Alexander Göth, Julius Kabos, Jolán Szerényi, Adalárd Károlyi und Gustav Partos. Die Premierenvorstellung am Samstag beginnt um halb 8 Uhr. Auch Sonntag und Montag gelangt im Lustspieltheater „Imádóm!“ zur Aufführung.  
 Im Lustspieltheater gelangt Freitag abend „Bunbury“ zur Aufführung. Sonntag findet die erste Nachmittagsvorstellung von „A cserecsnyéskert“ statt.  
 Die Premiere der Farkaschen Operette „Nótás kapitány“ findet im Hauptstädtischen Operentheater am Samstag statt und beginnt um halb 8 Uhr. Wegen der großzügigen Vorbereitungen findet heute, Donnerstag, im Hauptstädtischen Operentheater keine Vorstellung statt. Eine öffentliche Generalprobe wird von „Nótás kapitány“ nicht abgehalten.  
 Das schieberhafte Interesse der Zeiten der großen Konjunkturen zeigt sich für „Die Grafen Marica“. Das Königstheater bringt Samstag, den 18. Oktober, die Operette Merich Kálmánus „Marica grófnő“, welche jetzt über alle großen Operettenbühnen unter freieschwebendem Beifall geht. In ungarischen Aufführungen. Die Hauptdarsteller des Werkes, das im Königstheater in einer wahrhaftigen Paradesetzung in Szene gehen wird, sind Juci Vabals, Ilona Baaly, Jiska Pálmán, Franz Kiss, Martin Káthai, Géza Borofs, Arpad Latabár, Emerich Szirmai, Géza Rajsko und Ferike Pástor.  
 Gizi Bajor tritt im Ungarischen Theater Freitag zum ersten Male auf in Bernhard Schaws „Johanna“. Außer dem illustren Primadonnenpaar bilden Julius Csontos und Eugen Törzs, ferner die blühenden Kostüme und Dekorationen die Sensation der brillanten Komödie Bernhard Schaws.

Eine sensationelle Kinderdarstellung findet diesen Sonntag nachmittag im Budapest Theater (Stadt-waldchen) statt. Zur Aufführung gelangt das prachtvolle Feenmärchen „A rigócsőrü királyfi vagy a rártáros királykisasszony“ bei Sitzpreisen von 30,000, 20,000 und 10,000 K.  
 Sonntag abend gelangt im Budapest Theater (Stadt-waldchen) als Abendvorstellung das Volksstück „A falu rossza“ zur Aufführung. Außerordentlich billige Preise.  
 Künstlerische Kinderdarstellung am Sonntag, 12. d., nachmittag halb 3 Uhr in der Musikakademie unter Mitwirkung der hervorragendsten Kinderkünstler! Karten sind nur bei dem Portier der Musikakademie erhältlich.

Táblás házak elragadtatása  
 kiséri a  
**Száguldó kerék**  
 előadásait.  
**KAMARA OMNIA**

Genossenschaft ungarischer Künstler — Közjavölgyi-Konzerte:  
 Klavierabend Alexander Borowskys am 9. Oktober. (Musikakademie, halb 9 Uhr.)  
 Josef Schwarz, erster Violonist der Kemporker Metropolitanoper, einer der Größten der Gesangsvortragskunst, gibt am 10. Oktober halb 9 Uhr in der Musikakademie einen Klavierabend.  
 Klavierabend Ernst Dohnányis am 15. Oktober.  
 Sonatensabend Tibor Szatmáris und des Cellokünstlers Enrico Mainardi am 23. Oktober.  
 Klavierabend Edwin Fischers am 28. Oktober.  
 Faldhauer-Kerpely-Abonnements für fünf Abende. Populäre Eintrittspreise. Mitwirkende: Dohnányi, Poura Güller und der Klarinetkünstler Viktor Polacsek.  
 Komor-Kammermusikabende im Abonnement. Mitwirkende: Dohnányi, Marie Németh, Somogyi, Springer, Farkas, Josef Szigeti, Agi Jámbar. Klaffisches Programm und moderne Novitäten. Populäre Eintrittspreise.

Dr. Eugen Resper, der berühmte Professor der Berliner technischen Hochschule, hält am 14. Oktober einen Vortrag über das Radiomeßen mit Lichtbildern. Das Interesse für diesen Abend ist mit Hinblick auf die Autorität des Vortragenden überaus groß. (Harmonia.)  
 In der staatlich konzessionierten Musikschule Eugenie K. Müllers, Andrássystraße 24, Telefon 127-89, werden auch Privat Schüler aufgenommen, die keine Einschreibgebühr zu entrichten haben. Gesangskorrespondenz a vista und Kammermusikurse. Talentierte arme Schüler genießen große Begünstigungen.

**Jackie Coogan**  
**Éljen a király!**  
 A világ kedvencének monumentális mesterműve  
 Október 10-én Október 10-én  
**Urania**

Offener Sprechsaal.\*)

**BOROSHORDÓ**  
 árainkat tekintettel óriási mélyen leszállítottuk  
 készleteinkre  
**BÖHM KÁLMÁN HORDÓGYÁR R. T.**  
 Budapest, VI., Szabolcs-utca 19.  
 Telefon 148-12 és 129-01. Sürgönycim: Hordósböhm.

**Hálószobákat**  
 ebédlőket, triszobákat, szalon- és klubgaritúrákat, konyha- és előszobabereendezéseket legmérsékeltébb árban szállít:  
**Sandor Ignác butorárúháza, VI., Dessoffy-utca 18.**

**Ötven millió koronával rendelkezőknek fióküzletet nyitunk.**  
 Ajánlatok „Butorgyár vezérképviselőté” címen a kiadóba.

**Brillianten** Perlén, Antiquitäten kauft zu höheren Preisen als jeder andere vis-à-vis der Theresienstädter Kirche, Telefon.  
**Székely Emil, Király-utca 51.**

**250.000.000 kor. tökével rendelkező GÉPÉSZMÉRNOK**  
 teljesen modern gépekkel felszerelt lakatosárugyárba, mely hat év óta üzemben van.  
**belársulhat** Ajánlatok „Tömegcikkekre berendezve” jellegre a kiadóba kéretnek. 7187

**SANATORIEN Dr. LAKATOS**  
**ABBZIA • BADEN bei WIEN**  
 Aufnahms-Bureau:  
**Budapest, VI., Andrassy-ut 5. sz.** Telefon: 130-65.  
 Telefon: 130-65.

**Hotel Palace**  
 mit Hotel Bellevue und Hotel Excelsior  
**Abbazia**  
 Etablissement ersten Ranges. Direkt am Meere gelegen. Durchwegs Balkonzimmer. Appartements mit Bad. Auskünfte erteilt:  
**Dr. Michael Farkas**  
 Advokat  
**Budapest, V., Bálvány-utca 18, II. Stock.** Telefon: 108-05.  
 Die Hotelleitung: **C. Farkas.**

**HAZAJÖTTEM!**  
 Első dolgom felhívni **DITRICHSTEIN-t** (1. 116-55) (1. 126-36)

**MAGYAR LEGIFORGALMI R. T.**  
 Ungarische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft  
**BUDAPEST, VII., ERZSÉBET-KÖRUT 9.** TELEPHON JÓZS. 83-87. JÓZS. 96-17.  
**BESTE FLUGVERBINDUNG BUDAPEST-WIEN-BUDAPEST**  
 mit fünfsitzigen **FOKKER-LIMOUSINEN.**  
 Täglich, mit Ausnahme der Sonntagnachmitt. u. Montagvormittage,  
**FLUGPLAN:**  
 vormittags 7<sup>00</sup> ab Budapest an 4<sup>15</sup> nachmittags 9<sup>00</sup> an Wien ab 3<sup>00</sup>  
**TARIF:**  
 Budapest-Wien, Wien-Budapest . . . 35 schw. Francs  
 Tour-retour . . . . . 65 schw. Francs  
 zum amtlich festgesetzten Warenkurs in ung. o. österr. Kronen.  
**AUTOFABRPLAN:**  
 ab Budapest 6<sup>20</sup> vormittags ab Wien 2<sup>15</sup> nachmittags.  
**VII., Erzsébet-körut 9.** **I., Kärntner-Ring 13.**  
 (New-York-Palais.) (Norddeutscher Lloyd.)  
 Die Autofahrten zum u. vom Flugfeld sind im Tarif inbegriffen.  
**Sonderflugzeug nach Wien und nach jedem Ort in Ungarn auf Telephonbestellung.**  
 Generalrepräsentanz für Österreich:  
**Wien, I., Rosengasse 2. Telephon 64432.**  
 Kartenverkauf:  
**Wien, I., Kärntner-Ring 13, Norddeutscher Lloyd, Tel. 71111.**

**SODORJON JANINA PAPIRT**  
**Biztosítsa öröklakását**  
 2-3-4 szobás, komfortos, Mester-utca 13. sz. társasházunkban kedvező részletfizetési feltételekkel még kaphatók  
**SOLO BANK, Király-utca 87. Tel. J. 25-52. Válaszbélyeg.**

**Pénzkölcsönt**  
 2 százalékkal adunk kereskedőknek biztosíték mellett.  
**Uránia Bank**  
 Rákóczi-ut 17.

**Csillár, műtárgy, Stern**  
 V. ker. Lipót-körut 20. sz. 3917

**Lakatosárugyár eladó**  
 teljesen modern gépekkel felszerelve, Budapesten a gyári központban, villanyosmegállóhelynél, pályaudvar közvetlen közelében. Érdeklődők irjanak „Teljesen üzemképes” jellegre a kiadóba. 7300

**Volkswirtschaft.**

**Die Situation der Börse.**  
 Wir veröffentlichten gestern die Erklärungen des Finanzministers Baron Friedrich Sörányi über die Börsenlage und über die Intervention der Regierung. Heute erfahren wir von wohlinformierter Seite, daß der Finanzminister, als er auf die verheerende Wirkung der hohen Börsensteuer, die das Publikum vom Effektenkauf abscbreckt, aufmerksam gemacht wurde, selber zugegeben habe, daß es heute, nachdem die Börsenkonjunktur aufgehört habe, ein überholter Standpunkt wäre, die hohe Börsensteuer aufrechtzuerhalten. Diese Steuer wird also in Kürze ermäßigt werden.

**Die Frage der Dividenden.**  
 In der Konferenz der Bankleiter im Finanzministerium wurde auch darauf hingewiesen, daß eine wirkliche Gesundung nicht nur der Börse, sondern des gesamten Wirtschaftslebens und besonders des einströmenden ausländischen Kapitals nur dann möglich wäre, wenn ein radikaler Wechsel in der Besteuerung der Aktiengesellschaften eintreten würde. Unter den heutigen sinnlosen und drakonischen Steuervorschriften sei kein Unternehmen in der Lage, eine gesunde Dividendenpolitik zu betreiben, und ohne eine solche kann weder das Inland noch das Ausland zu Kapitalanlagen in ungarischen Effekten gewonnen werden.

**Der Beginn der Interventionsaktion.**  
 Bekanntlich hat, wie wir gestern berichteten, schon die Nachricht über eine bevorstehende Intervention der Großbanken genügt, dem Debatte an der Börse Halt zu geben. Die Aktion wird aber erst morgen in die Wege geleitet werden, und sie hat keinen anderen Zweck, als eventuelle Manöver der Kontermine zu durchkreuzen, das heißt, auf den Markt geworfene Aktienpakete aufzunehmen. Der Geldinstitutszentrale stehen vorderhand 100 Milliarden zur Verfügung, doch kann dieser Betrag im Bedarfsfalle auf 200 Milliarden erhöht werden. Doch auch dieser Betrag bedeutet nicht die alleräußerste Grenze, da Regierung und Banken entschlossen sind, um jeden Preis der weiteren Wertzerstörung einen Damm zu setzen.

**Lieferungszwang für Kontermineure.**  
 Die ganze Aktion wäre aber zwecklos, wenn die Kontermineure weiter wie bisher ungedeckte Abgaben machen dürften, Aktien geben könnten, die sie nicht besitzen und die im besten Falle in ihren oder der Banken Depots liegen. Infolgedessen fordert die Börse vom Finanzminister auch darin eine Remedur. Der Finanzminister hat sich heute dazu bekannt, daß derjenige, der Ware (Effekten) verkauft, diese auch zu liefern hat. Es steht jedem frei, als Geber aufzutreten, doch kann oder darf er nur eigene Papiere, nicht aber die seiner Klienten verkaufen oder liefern. Wer sich solcher Mißbräuche schuldig macht, wird auf Grund des Börsenstatuts und auch des Strafgesetzes zur Verantwortung gezogen. Man hofft, damit der Kontermine die stärkste Waffe aus der Hand genommen zu haben.

**(Von den Börsen.)** Wegen des jüdischen Feiertages waren heute sowohl die Effekten- wie die Getreidebörse geschlossen. Es gab auch keinen Privatverkehr, so daß auch keine Kurse zu verzeichnen sind.  
**(Die internationale Anleihe für Deutschland.)** Aus New York wird gemeldet: Einer der bedeutendsten Bankiers der New York City erklärte Pressevertretern gegenüber, daß nach seiner Ueberzeugung es als sicher gelten könne, daß der amerikanische Anteil der deutschen Anleihe im Handumdrehen gezeichnet werden wird. Die amerikanischen Bankiers rechnen damit, daß spätestens am 14. Oktober die Anleihe zur Zeichnung

aufgelegt wird. — Das Pariser „Journal“ berichtet über die gestrige Bankierkonferenz unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot, die lediglich die Frage der deutschen Anleihe beschäftigte. Die Banken hätten der Regierung ihre Mitarbeit grundsätzlich zugesagt. Es würden jedenfalls in Paris für drei Milliarden Pfund Sterling Anleihefeste aufgelegt werden, die 7 Prozent Zinsen bringen und zum Kurse von 92 bis 93 Francs notiert werden sollen. (Näherlich des Kurzes macht „Journal“ Vorbehalte.) — Aus New York wird der Bud. Korr. gemeldet: An der hiesigen Börse notierten alle ausländischen Fonds infolge Nachrichten von der bevorstehenden Auflegung der deutschen Anleihe höher. In Bankierkreisen gab man heute abend zu, daß bereits Aufträge für den amerikanischen Anteil an den 200 Millionen Dollars vor-gemerkt wurden. Man sagt eine Ueberzeichnung des amerikanischen Anteils voraus.

**(Der Kredit für das Kleingewerbe.)** Unter dem Vorsitz des Handelsministers Ludwig Walkó fand heute die Fortsetzung der Konferenz über die Organisation des kleingewerblichen Kredits statt. Anwesend waren Graf Johann Hadik, Staatssekretär Alois Szabó, Hofrat Elischer, Generaldirektorstellvertreter Bajtör, Ministerialrat Dr. Géza Friß, Direktor Dr. Bajda, Direktor Adolf Soltyés, Sekretär Eugen Dálnoki-Rováts, Magistratsrat Furehl, Dr. Alexander Tonelli, Diakoms Bálfly, Direktor Eugen Szél, Oberstaatsrat Dr. Feigler, Johann Floszovay u. a. Handelsminister Walkó erläuterte das Elaborat der Geldinstitutszentrale, das darauf hinzielt, daß die Wechsel der Kleingewerbetreibenden durch das Giro einer entsprechenden Garantiegruppe bankfähig gemacht werden. Die Geldinstitutszentrale wird dadurch in die Lage versetzt, in Zusammenarbeit mit der Landes-Zentralgenossenschaft der Gewerbetreibenden und des Budapester Kreditinstituts für Kleingewerbetreibende die Wechsel auf rein geschäftsmäßige Grundlage zu diskontieren und sie nach Bedarf an die Nationalbank weiterzuleiten. Nach den Bemerkungen der Vertreter der Interessenten wurden die Vorschläge der Geldinstitutszentrale angenommen und mit der Durchführung der Kreditaktion die Zentrale betraut.

**(Pferdeausstellung.)** Am 11. d. wird eine Pferdeausstellung in Budapest eröffnet werden. Es gelangen auch Luxuswagen zur Schau. Die Zureisung der Presse findet am 13. d. statt.

**Ämtliche Kurse der Ung. Nationalbank.**  
 8. Oktober.  
 (Schlusskurse.)

Oesterr. Kronen	1.0920-1.0980	Belgische Frank	3673-3703
Mark	14860-14985	Schweizer Frank	14860-14985
Tschechische Kronen	277-279 1/2	Englische Pfund	342000-346000
Dinar	1095-1116	Dollar	7650-77410
Lewa	557-565	Holland. Gulden	29-05-0060
Lei	415-422	Dänische Kronen	13850-13490
Polnische Mark	—	Schwed. Kronen	20340-20600
Lire	3328-3363	Norweg. Kronen	10910-11195
Franz. Frank	4056-4083	Napoleon	—

**Devisenkurse.**

Kurse	Wien	Berlin	Prag	Zürich	
				Schluss	Nachmittag
Budapest	0.92	0.005430	0.0444	0.0068	0.0068
Berlin	16880.-	512.25	124.25	124.25	124.25
Wien	—	1.05927 1/2	0.04515 1/2	0.00739 1/2	0.00739 1/2
Oester. Bankn.	—	0.0059	0.0481 1/2	—	—
Warschau	13650.-	80.80	355.-	100.75	100.75
Bukarest	383.-	2.31	18.55	2.80	2.80
Sophia	516.-	0.04	24.98 1/2	3.80	3.80
Belgrad	1020.-	6.10	43.10	7.52 1/2	7.52 1/2
Prag	2120.-	12.50	—	15.55 1/4	15.52 1/2
Mailand	3075.-	18.22 1/2	148.50	22.65	22.60
Paris	3718.-	21.94	178.87 1/2	27.25	27.25
Brüssel	3412.-	20.05	141.75	25.-	25.-
London	317200.-	1573.50	1520.00	2330.-	2330.-
Newyork	71060.-	420.-	3410.-	522.26	522.50
Amsterdam	27675.-	163.60	1325.50	203.25	203.25
Kopenhagen	12350.-	73.60	598.50	81.50	81.50
Sto.kholm	18500.-	111.65	908.-	139.-	139.-
Christiania	10000.-	60.20	489.50	75.-	75.-
Madrid	9950.-	56.75	453.75	69.60	69.60
Zürich	13615.-	80.40	630.-	—	—

Wien, 8. Oktober. Ungarische Krone 0.88 1/2 G., 0.91 1/2 W., Budapester Devisje 0.91 G., 0.93 W.

**Auswärtige Börsen.**  
**Berlin, 8. Oktober.** An der Effektenbörse war bei geringem Besuche und minimalen Schüssen freundliche Stimmung. Besonders für Farbwerke zeigte sich Interesse, da verkantete, daß der Anilinkonzern die Aktienzusammenschließungen mit 5:1 plant. Dies verurachte in den Farbwerken eine Besserung von 1 Billion. Die Elektrowerte neigten zur Flaubeit, so brückelte Siemens 1 Billion ab. In Schiffahrt- und Bankwertian fanden keine nennenswerten Veränderungen statt. Bei den Auslandanleihen fielen türkische Lose etwas zurück, die deutschen Anleihen waren fest überhaupt. Der Antrag des Abgeordneten Fleischer wegen der Umwertung hat in der Spekulation die Hoffnung erregt, daß der teilweise Schadenersatz der Aktienbesitzer doch eintreten wird. Dies hat auf die deutschen Anleihen günstig gewirkt. In der zweiten Hälfte der Börsenszeit war die Stimmung des Dividendenpapiermarktes lustlos, da eine Mittelbank in Harpener größere Verkäufe vornahm, so daß diese Papiere 5 Billionen fielen. Die Lustlosigkeit kam auf den übrigen Gebieten nicht zur Geltung, da kein Verkehr war. Auf dem Markte wurde gegen Schluß der 4000 Dollar-Kaufauftrag für Dollarschafscheine lebhaft kommentiert, so daß diese mit 89 Prozent befestigt wurden.

Verlag: Neues Pester Journal Zeitungsverlag A.G.  
 Verantwortlicher Chefredakteur: Dr. Ludwig Proby.  
 Für den Verlag verantwortlich: Moriz Balazs.  
 Druck der Hungaria Zeitungsdruckerei A.G.  
 Verantwortlich: Géza Schönbek.

\*) Für diese Rubrik ist die Redaktion nicht verantwortlich.



